

# BULLETIN N°89 – Dezember 2024

## Botschaft des FMA-Präsidenten

Sehr geehrte Mitglieder,

nun, da sich das Jahr 2024 dem Ende zuneigt, freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass unsere jüngste Kampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder für unseren Verein ein Erfolg war. Wir haben fast 130 neue Mitglieder in unserer Gemeinschaft begrüßt, und die Zahl steigt weiter. Wir freuen uns darauf, diese Energie und dieses Engagement bei unserer gemeinsamen Arbeit in den kommenden Jahren auszuschöpfen. Ich danke Ihnen für Ihren Beitrag zu dieser wichtigen Kampagne und für Ihre weitere aktive Beteiligung in den kommenden Wochen und Monaten.

Unser Verein war das ganze Jahr über aktiv und beteiligte sich an verschiedensten Tätigkeiten. Der Workshop zum Europäischen Parlament in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft fand am 17. und 18. Oktober 2024 in der schönen Villa Salviati in Florenz statt. Er wurde gemeinsam vom Verein der ehemaligen Mitglieder, dem Historischen Archiv der Europäischen Union und dem Forschungszentrum Alcide De Gasperi ausgerichtet. Die Hybridveranstaltung bot die Gelegenheit, die aktuelle politische Landschaft und den institutionellen Rahmen der EU aus dem Blickwinkel historischer Trends zu betrachten. Anwesend waren der ehemalige EP- und FMA-Präsident Enrique Barón Crespo, FMA-Vizepräsidentin Monica Baldi sowie die FMA-Mitglieder Fabio Castaldo, Richard Corbett und Eva Lichtenberger. Wir danken dem Historischen Archiv der Europäischen Union für seine Zusammenarbeit. Wir freuen uns darauf, diese Zusammenarbeit im nächsten Jahr fortzusetzen.

Eines der Ziele unseres Vereins besteht darin, den politischen Dialog zu fördern und unsere Mitglieder über aktuelle Angelegenheiten der EU auf dem Laufenden zu halten. Daher organisiert der Verein der ehemaligen Mitglieder jedes Jahr einen Besuch in dem Land, das den EU-Ratsvorsitz innehat. Angesichts der Bedeutung und Dringlichkeit der Dossiers, die derzeit auf europäischer Ebene diskutiert werden, enthält diese Ausgabe einen ausführlichen Bericht über den Besuch in Ungarn. Unter meiner Leitung besuchte eine Delegation von 26 ehemaligen Mitgliedern vom 23. bis zum 25. Oktober Budapest. Das Treffen bot eine Gelegenheit für eine pluralistische Debatte mit Vertretern des ungarischen Parlaments und der ungarischen Regierung. Wir sprachen über die Prioritäten der EU-Agenda, wie Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Verteidigung, um nur einige zu nennen. Das Ziel bestand darin, sich die Standpunkte der politischen Akteure in Ungarn anzuhören und ein Verständnis dafür zu erlangen. Die Themen lauteten „Looking ahead and the role of Hungary“ (Blick in die Zukunft und die Rolle Ungarns) und „Keeping the unity of the EU while safeguarding shared values and cohesion“ (Wahrung der Einheit der EU bei gleichzeitigem Schutz der gemeinsamen Werte und des Zusammenhalts). Wir besuchten auch das Europäische Innovations- und Technologieinstitut, um die bereichsübergreifenden Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf die Gesellschaft zu erörtern, die von Bildung über Arbeitsbedingungen bis hin zu Gesundheitsfragen und von Desinformation bis hin zu Menschenrechten reichen. Dabei betonten wir, dass es wichtig ist, auf der Weltbühne im

Bereich Innovation und Technologie wettbewerbsfähiger zu sein. Die verschiedenen Erkenntnisse von Mitgliedern des Vereins, die Budapest besucht haben, können Sie einigen sehr interessanten Artikeln entnehmen.

Unsere jährliche Veranstaltung „End of Year Greetings“, die am 3./4. Dezember stattfand, bot eine hervorragende Gelegenheit, über die Prioritäten der EU für den fünfjährigen institutionellen Zyklus zu sprechen, darunter die Verteidigung und Sicherheit der EU sowie künstliche Intelligenz und ihre Auswirkungen auf die Demokratie. Die Veranstaltung war intensiv und inspirierend und umfasste lebhaft Debatten zwischen ehemaligen und aktuellen Mitgliedern. Ich danke insbesondere dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Esteban González Pons, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, den Mitgliedern unseres Vereins und all unseren namhaften Rednern und Gästen für ihre Teilnahme an dieser herausragenden Veranstaltung.

Ich lade Sie ein, sich den Überblick über die Anhörungen der Kommissionsmitglieder anzusehen, der vom Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments in der Rubrik „EP at Work“ bereitgestellt wird. In dieser umfassenden Analyse werden die entscheidende Rolle der Kommissionsmitglieder und die Bedeutung der Anhörungen für die Sicherstellung der Rechenschaftspflicht innerhalb der EU beleuchtet.

Die Rubrik „Focus“ liefert in diesem Monat eine Reihe aufschlussreicher Perspektiven in Bezug auf die geopolitische Landschaft der EU. Sie enthält Beiträge von zahlreichen Mitgliedern unseres Vereins. Ich halte es für besonders wichtig, eine vielseitige Vision der Europäischen Union zu entwickeln, die ihrer geografischen, kulturellen und historischen Vielfalt Rechnung trägt.

Bitte merken Sie in Ihrem Kalender bereits die Termine für unsere künftigen Veranstaltungen vor, die für den 20./21. Mai 2025 geplant sind. Die Hauptversammlung findet am 21. Mai statt, und wir freuen uns auf Ihre aktive Teilnahme. Weitere Einzelheiten zu diesen wichtigen Sitzungen erhalten Sie per E-Mail, es sei denn, Sie haben ausdrücklich darum gebeten, diese Mitteilungen per Post zu erhalten.

Vielen Dank an alle, die zu dieser Ausgabe des Bulletins beigetragen und an den diesjährigen Aktivitäten und Programmen teilgenommen haben, und an unsere Mitglieder und Mitarbeiter. Vielen Dank auch an das Personal des Vereins der ehemaligen Mitglieder unter der Leitung der Generalsekretärin Elisabetta Fonck für ihren wertvollen und unersetzlichen Beitrag zu all unseren Tätigkeiten.

Mit besten Grüßen wünsche ich Ihnen allen frohe Feiertage und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2025.

**Dr. Klaus Hänsch**

FMA-Präsident

## Draghi-Bericht Ist Ein Augenöffner

Für jeden, der sich von den Ereignissen in Europa ablenken lässt, ist der Bericht von Mario Draghi ein Schock. Mario Draghi erklärt, dass Europa – wenn sich der Trend der letzten zwei Jahrzehnte fortsetzt – weniger wohlhabend, ungleicher und unsicherer sein wird und folglich nur einen sehr geringen Spielraum haben wird, wenn es darum geht, sein Schicksal zu bestimmen.

Mario Draghi geht noch weiter und bekräftigt, dass – wenn das Szenario der Trägheit anhält – das europäische Aufbauwerk selbst in Gefahr gerät, weil Europa an einen Punkt gelangen könnte, an dem es nicht mehr in der Lage ist, die Werte umzusetzen, die das Wesen des europäischen Aufbauwerks ausmachen: Frieden, Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Wohlstand.

Er stützt sich dabei auf unbestreitbare Daten, aus denen hervorgeht, dass sich Europa immer weiter von den Vereinigten Staaten und China entfernt, insbesondere in Bezug auf die Schaffung von Wohlstand, die Abhängigkeit von Drittländern, die Energiepreise, die neuen Technologien, die Innovation und die Verteidigung.

Vor diesem Hintergrund schlägt Mario Draghi vor, dass die zuständigen Stellen in den Mitgliedstaaten der EU Maßnahmen ergreifen, die auf drei Bereiche beruhen: Verringerung des Rückstands Europas gegenüber den Vereinigten Staaten und China im Bereich der innovativen Technologien; Senkung der Energiepreise sowie Erhöhung der Sicherheit und Verringerung der Abhängigkeiten.

Für jeden dieser Bereiche stellt Mario Draghi eine Reihe von Maßnahmen vor, mit denen dazu beigetragen werden könnte, die jüngsten Entwicklungen zu ändern; eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Mobilisierung von 800 Mrd. EUR pro Jahr, damit Europa mit dem Wachstumstempo der USA und Chinas mithalten kann. Mit diesem Betrag würde die Investitionsrate in Europa von derzeit 22 % auf 27 % des BIP steigen, wobei ein jahrzehntelanger Rückgang in den meisten großen Volkswirtschaften der Europäischen Union umgekehrt werden würde. Dieser Betrag ist doppelt so hoch wie der des Marshallplans, der zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat.

Mario Draghi schlägt vor, diese Finanzmittel durch vor allem die Emission von gemeinsamen Schuldtiteln zu beschaffen, wie dies beim Instrument „NextGenerationEU“ geschehen ist, das als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie entwickelt wurde.

Genau hier beginnen die Probleme. Wenn eine Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten in bedeutenden Teilen der Wählerschaft, insbesondere bei den Wählern, die eher extremistische Kräfte unterstützen, negative Reaktionen hervorruft, wird die Emission gemeinsamer Schuldtitel von einigen Mitgliedstaaten, insbesondere den Niederlanden, Österreich und Deutschland, nicht akzeptiert. Die Lage in Deutschland ist sogar noch komplizierter, weil das Verfassungsgericht die Emission von gemeinsamen Schuldtiteln nur als einmalige Ausnahme bei der Bekämpfung von COVID-19 zugelassen hat.

Das Problem besteht jedoch nicht nur in der Mobilisierung von Finanzmitteln. Politische Maßnahmen im Zusammenhang mit öffentlichen Gütern wie internationalen Netzen und Verbindungen, Energie, Ausrüstung, Forschung, Innovation, Investitionen in Spitzentechnologien, künstliche Intelligenz und gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern müssen ebenfalls gemeinsam konzipiert werden. Andernfalls werden sich alle Anstrengungen, die unternommen werden können, nie ausreichend auszahlen.

Der Bereich Energie ist ein Beispiel dafür. Europas Energiepreise sind viel höher als die seiner Konkurrenten, weil es nie in der Lage war, sich auf die Schaffung eines Energiebinnenmarktes zu einigen. Es gibt Mitgliedstaaten, vor allem Frankreich, die nicht auf einen eigenen Markt verzichten und keine Fortschritte im Hinblick auf eine umfassendere Integration des Energiemarktes hinnehmen.

Ein weiteres Beispiel ist der offensichtliche Mangel an Koordination zwischen einer zentralisierten Geldpolitik und der Haushaltspolitik der einzelnen 20 Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets. Europa hat sich als unfähig erwiesen, dem Euro-Währungsgebiet ein zentrales Haushaltsinstrument zur makroökonomischen Stabilisierung zur Verfügung zu stellen, das nicht nur als Reaktion auf Rezessionen, sondern auch auf asymmetrische Schocks, die von der Geldpolitik nicht bewältigt werden können, funktionieren würde. Mit diesem Schritt würde das Euro-Währungsgebiet an Stärke gewinnen und der Euro weltweit gestärkt werden, was ein sehr wichtiger Aspekt in einer Zeit geopolitischer und geoökonomischer Unsicherheit ist.

Die große Schwäche Europas liegt in den Entscheidungsprozessen und der institutionellen Organisation. Europa ist nicht in der Lage, die entscheidendsten Maßnahmen zu koordinieren, um den Trend der letzten Jahre umzukehren. Entweder haben die für die Entwicklung Europas entscheidenden politischen Maßnahmen eine gemeinsame Grundlage, oder es sind kaum Fortschritte bei den von Mario Draghi vorgeschlagenen Maßnahmen möglich.

Daher habe ich nach der Lektüre des Berichts von Mario Draghi zwar das Gefühl, dass die darin enthaltenen Vorschläge durchaus sinnvoll sind, aber ich habe große Zweifel an der politischen Fähigkeit der Europäischen Union, die notwendigen Reformen in den Entscheidungsprozessen durchzuführen.

**José A. Silva Peneda**

## Der Preis der Europäischen Union

Wir können nicht über die politischen Ziele der EU sprechen, ohne über ihre Finanzierung und den Haushaltsplan zu sprechen. Wir müssen uns vielmehr fragen, ob der Haushaltsplan der EU ihren politischen Zielen überhaupt gewachsen ist. Die Antwort lautet Nein. Es ist aber auch keine Lösung, die politischen Ziele der EU herabzusetzen oder einzuschränken. Egal ob auf EU-Ebene oder im globalen Zusammenhang: Die Zukunft der EU liegt in höheren Zielen. Darum hat sich das Europäische Parlament für einen stabileren Haushaltsplan eingesetzt, der den politischen Zielen eher gerecht wird.

In der Zeit vor den Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission für den langfristigen Haushaltsplan der EU – den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) – wurde die Diskussion von einer Gruppe von Mitgliedstaaten systematisch darauf reduziert, dass diese nicht mehr als 0,9 bis 1 % ihres Bruttonationaleinkommens beitragen wollten. Dies wiederum verzerrte die Gespräche über den eigentlichen Inhalt des Mehrjährigen Finanzrahmens, nämlich das politische Programm der EU für den aktuellen – bislang siebenjährigen – Haushaltszeitraum (2021 bis 2027).

Die Corona-Krise forderte neue Herangehensweisen. Der Haushaltsplan der EU reichte nicht aus, um die durch die Pandemie entstandenen Bedürfnisse der Staaten, Unternehmen, Familien und Bürgerinnen und Bürger zu befriedigen. Nur mit großem politischen Aufwand, genauer gesagt, mehr aus Notwendigkeit als durch politische Einigkeit, ist es gelungen, eine neue Finanzierungsform zu finden: Das Aufbauinstrument der Europäischen Union (NextGenerationEU), das auf der Aufnahme von Schulden basiert, wurde aus der Taufe gehoben. Ist diese Finanzierungsform Teil des EU-Haushaltsplans? Nein, aber sie ist durchaus im EU-Haushaltsplan verankert, denn dieser enthält nun zum ersten Mal eine Schuldenlinie, die dazu dienen soll, die Kosten dieser Schulden zu decken. Die Verbindung zwischen diesem Fonds und dem EU-Haushaltsplan ist keineswegs nebensächlich, sondern von großer politischer Bedeutung. Als Haushaltsbehörde übt das Europäische Parlament die demokratische Kontrolle über den EU-Haushaltsplan aus (democratic accountability). Finanzierungsquellen außerhalb des EU-Haushaltsplans untergraben die demokratische Macht des Europäischen Parlaments.

Die Herausforderungen (rein aus Haushaltsperspektive) in Bereichen wie Verteidigung, die aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine dringender und größer sind denn je, oder Klimawandel bringen neue Anforderungen an die Finanzierung der EU mit sich. Der aktuelle EU-Haushaltsplan reicht eindeutig nicht aus, um diesen Herausforderungen angemessen zu begegnen. Sollen wir Programme wie Erasmus, „Horizont Europa“ oder InvestEU oder die Kohäsionspolitik einschränken? Nein. Denn hierbei handelt es sich um Schlüsselprogramme der EU. Auf der anderen Seite fordert das Europäische Parlament die Schaffung eines ständigen Krisenreaktionsmechanismus im EU-Haushalt.

Dafür gibt es nur eine Möglichkeit: Der EU-Haushaltsplan muss aufgestockt werden. Wie? Die Mitgliedstaaten um höhere Direktbeiträge bitten? Das wäre fair, scheint mir aber nicht oder nur beschränkt zielführend. Studien zufolge müssten die Beiträge von 1 % auf 5 % des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten erhöht werden.

Auf der Suche nach einer Antwort auf diese Frage kommen wir nicht an der Tatsache vorbei, dass wir neue Eigenmittel genehmigen müssen. Neue Eigenmittel, die selbstverständlich zum Begleichen der durch NextGenerationEU entstandenen Schulden dienen sollen, die aber genauso Teil des EU-Haushaltsplans werden könnten. Neue Eigenmittel, die im Einklang mit den Prioritäten der EU stehen. Das bereits genehmigte CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem, das Emissionshandelssystem und die Plastiksteuer sind allesamt wichtige Werkzeuge zur Bekämpfung des Klimawandels. Mit der Besteuerung großer Unternehmen aus der Digitalbranche (oder etwas Vergleichbarem, etwa einer globalen Mindeststeuer im Rahmen der OECD, die aber von den teilnehmenden Staaten, darunter auch Mitgliedstaaten der EU, noch nicht ratifiziert wurde) oder der Finanztransaktionssteuer versucht die EU, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen.

Aus Haushalts- und Vertragsperspektive ist das Aufbauinstrument der Europäischen Union eine Neuheit. Es wurde einmalig, mit einer eingeschränkten Dauer und konkreten Zielen geschaffen. Die Lehren, die wir daraus gezogen haben, dürfen nicht umsonst sein. Wir müssen sie berücksichtigen, wenn es darum geht, eine dauerhafte Fiskalkapazität der EU einzurichten, einen Fonds, mit dem die Prioritäten der EU und Projekte auf EU-Ebene finanziert werden können. In seinem neuen Bericht zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU (The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe) unterstützt Draghi diesen Vorschlag und bekräftigt, dass unbedingt ein Fonds mit diesen Merkmalen geschaffen werden muss, um die strategische Autonomie und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften zu stärken.

Jetzt ist es an der Zeit, und wir müssen dringend aufhören, nur über diese Themen nachzudenken, und anfangen, politische Entscheidungen zu treffen. Im Juni nächsten Jahres (2025) muss die Kommission ihren Vorschlag zum MFR für den nächsten Haushaltszeitraum (2028–2034?) vorlegen. 2028 müssen die Mitgliedstaaten mit der Rückzahlung der Darlehen im Rahmen von NextGenerationEU beginnen. Wir wissen alle, wie lange politische Entscheidungen dauern.

### **Margarida Marques**

Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Ko-Berichterstatteerin für den MFR 2021/2027

## Überbrückung von Gräben: Frauen, Medien und das Streben nach Frieden

Ich habe neulich mit Schriftstellerkolleginnen aus der ganzen Welt darüber gesprochen, wie spannend und anregend es für sie ist, in Sitzungen der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen, die jedes Jahr im März stattfinden, das Wort zu ergreifen. Drei von ihnen – Mitglieder des englischen und des ägyptischen Literaturclubs sowie des Literaturclubs San Miguel – sagten, dass wir, wenn wir für eine bessere Welt für Frauen kämpfen wollen, die aktuellen Themen anpacken müssen, also Krieg, Vertreibung, Missbrauch, Armut, Gesundheit, Zugang zu Bildung, Grundeigentum, Klimakrise und die soziale Realität des Lebens von Frauen. In den USA zum Beispiel hätten die Investitionen in Kriegswaffen dazu geführt, dass weniger Geld für soziale Bedürfnisse wie Kinderbetreuung und das Gesundheitswesen zur Verfügung steht.

Da es auf der Welt immer mehr Krieg und Vertreibung gibt, setzen die Vereinten Nationen bei der weltweiten Friedenssicherung auch Frauen ein. So konnten bereits einige Krisensituationen verbessert werden. Die Mission in Kolumbien hat beispielsweise über das Projekt „Mi historia“ berichtet, in dessen Rahmen lokale Radiosender Gelder erhalten, damit demobilisierte Jugendliche über ihre Erfahrungen im Krieg sprechen können. Solche Initiativen unterstreichen, wie wichtig es ist, dass wir uns auf den sogenannten Friedensjournalismus fokussieren, also die ausgewogene Berichterstattung über Konflikte. Warum? Weil Nachrichten unsere Gefühle und unser Verhalten beeinflussen können. Auch die Medien tragen dazu bei.

Die Unruhen im Vereinigten Königreich im August 2024 sind ein aktuelles Beispiel dafür. Am 29. Juli 2024 tötete ein 17-Jähriger drei Mädchen und verletzte acht weitere. Kurz darauf wurden Falschinformationen verbreitet, dass es sich bei dem Täter um einen muslimischen Migrant handeln soll. Diese Gerüchte führten zu tagelangen Demonstrationen und Unruhen. Dabei kam es nicht nur zu Sprechchören gegen Migranten, Muslime und nicht-weiße britische Staatsbürger, sondern auch zu tätlichen Angriffen. Manche beschuldigten extremistische Influencer in den sozialen Medien, dass sie die Ausschreitungen durch die Verbreitung falscher und rassistischer Informationen angeheizt hätten. Andere wiederum meinten, die Medien hätten die Leute bereits zuvor derart beeinflusst, dass sie ein negatives Bild von Muslimen und Migranten haben.

Wissen und Nachrichtenkompetenz in Bezug auf sensible und komplexe Themen zu erwerben, bedeutet unter anderem auch, verschiedene Blickwinkel zu berücksichtigen. Wir müssen diese Blickwinkel miteinander vergleichen. Wir müssen uns fragen, woher die Unterschiede kommen. Wir müssen potenzielle Voreingenommenheit erkennen. Wir müssen mehrere vertrauenswürdige Quellen konsultieren, um uns ein ganzheitliches Bild eines Sachverhaltes machen zu können. Wir müssen diese Blickwinkel bewerten: Irreführende Informationen können entweder aus Unwissenheit darüber, dass es sich um inkorrekte Informationen handelt, oder aber mit der Absicht, jemanden zu täuschen, verbreitet werden. In ersterem Fall handelt es sich um Fehlinformationen, in letzterem um Desinformationen oder Falschmeldungen. Wir sollten das Internet nicht verteufeln, aber in einer Zeit, in der Informationen auf so einfache Art und Weise verbreitet werden können, ist es wichtig, Fakten fair, fundiert und unvoreingenommen darzustellen.

In Konflikten auf der ganzen Welt (man denke hier zum Beispiel an die Ukraine oder Gaza) tragen manipulative Narrative zu den Dynamiken der Konfliktinteraktionen bei. Wenn sich die kontroverse Rhetorik als staatliches Interesse verfestigt, werden die Spannungen noch weiter verschärft; und extremistische Kräfte profitieren davon. Eine Eskalation wird schnell zu einem Auslöser für aggressive Sprache und Handlungen sowie (hybride) Informationskriege. Die Fähigkeit, sich die Argumente der Gegenpartei anzuhören, geht immer mehr verloren. Die freie Meinungsäußerung wird als feindseliges Narrativ bezeichnet; sie wird als Waffe eingesetzt. Der Antagonismus (auch wenn manche ihn als eine Art Gambit-Strategie für nützlich halten) verschärft sich, wenn neue Gerüchte in Umlauf gebracht werden. Ein derartiger Antagonismus ist sehr leicht zu entfachen, aber sehr schwierig wieder aufzulösen. Tatsache ist, dass er vermeidbar ist. Es erfordert Mut, sich damit auseinanderzusetzen, aber genau das ist der Weg nach vorn.

**Mariela Baeva**

## Frieden und Machtausübung

Wir haben die Rede von UN-Generalsekretär António Guterres gehört, in der er von Friedenskultur und partizipatorischer Unterstützung sprach und vor den tiefen geopolitischen Spaltungen warnte, die tiefe Risse in den Grundlage für eine friedliche Welt verursachen: In seiner Rede heißt es weiter: „Wir müssen eine Kultur des Friedens errichten“ (...) „Frieden ist nicht nur das Fehlen von Krieg, sondern erfordert auch einen positiven, dynamischen und partizipativen Prozess, durch den der Dialog gefördert wird und Konflikte mit dem Geiste des Verständnisses und der Zusammenarbeit gelöst werden“.

Wir haben außerdem zur Kenntnis genommen, dass die Staats- und Regierungschefs Frieden und Sicherheit auf dem Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen, der vor kurzem stattgefunden hat, als einer der drei Grundpfeiler der neuen multipolaren Ära unter den fünf Schwerpunktbereichen des Pakts erachten. Sie haben zugesagt, ihre Anstrengungen zu verstärken, um friedliche, inklusive und gerechte Gesellschaften zu erschaffen und aufrechtzuerhalten und um die wesentlichen Ursachen der Kriege anzugehen. Außerdem versprachen sie, alle Bürgerinnen und Bürger im Falle von Kriegen beschützen und die Umsetzung der Übereinkommen zu den Themen Frauen, Frieden und Sicherheit zu beschleunigen.

Nach der begrüßenswerten Vorstellung dieser Pläne und Verbesserungsmaßnahmen stellen sich allerdings folgende Fragen: Warum werden Schwachstellen übersehen? Weshalb wird nicht erkannt, dass unsere Friedenspolitik in der Praxis veraltet ist? Was ist der Grund dafür, dass Krieg auf militärische Aspekte beschränkt wird? Wie kann es sein, dass vermeintlich heldenhafte Erfolge in Kriegen noch immer bewundert werden? Wieso wird die UN-Resolution 1325 immer noch nicht umgesetzt? Woran liegt es, dass in diesem Bereich kaum Entscheidungen getroffen werden, die konkrete Handlungen nach sich ziehen? Wie ist es möglich, dass eine Regelung über Waffenlieferungen auf groteske Weise als „Friedensfazilität“ präsentiert wird?

Bemerkenswert war auch die Warnung des Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, als er eine Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen forderte und dabei feststellte, dass die Verbrechen gegen die Menschlichkeit Gefahr laufen, zur Normalität zu werden, wenn sie nicht bestraft werden. So sagte er: „Ein ständiger Sitz in diesem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist kein Privileg. Es ist eine Verantwortung, eine schwerwiegende Verantwortung, die nur fünf Nationen als Hüter des Weltfriedens übertragen wurde“.

Daher muss dieses sensible Thema äußerst behutsam behandelt werden: Der Frieden ist der Grundpfeiler der Europäischen Union und der Antrieb ihres identitätsstiftenden Engagements. Es wäre schon ziemlich grotesk und völlig abwegig, wenn wir es zulassen würden, dass Putin und Netanjahu, zwei unbedeutende, verblendete und wahnsinnige Tyrannen, unser mit so viel Mühe erschaffenes europäisches Aufbauwerk zerstören.

Wir sollten auf die empörte Jugend, auf die Demonstrationen der geschundenen Völker und die heldenhaften Opfer dieser abscheulichen Gräueltaten hören. Lasst uns zielstrebig

vorgehen, um der Gewalt ein Ende zu bereiten und um die nötigen Fahrpläne so zu gestalten, dass sie zu einem Waffenstillstand führen.

Der Frieden ist eine Frage der Macht und wenn wir die Macht nicht ausüben, werden wir am Ende keine mehr haben.

Derzeit sind Millionen von Europäerinnen und Europäern von unserer Unzulänglichkeit, unserer Tatenlosigkeit und unserem Schweigen zutiefst enttäuscht. Unsere von vielen bewunderten multilateralen Institutionen, das Völkerrecht sowie die Gesetze und das Primat der Menschenrechte sind untauglich und brechen in sich zusammen. Wir verspüren nichts als Scham vor unserer Bequemlichkeit, die auf die Berge toter Zivilisten keine andere Reaktion als wohlmeinende Beschwichtigungen kennt.

Kriege müssen verhindert werden und wenn dies nicht möglich ist, dann müssen sie schnellstmöglich beendet werden.

**Maria Izquierdo Rojo**

## Jugendausstellung „Gemeinsam Stärker“

Ich hatte die Freude, im vergangenen Mai bei der Eröffnung einer Wanderausstellung in der „12-Star“-Galerie im Europahaus in London mit dem Titel „Interconnected Realms: Exploring Togetherness“ (Verbundene Bereiche: Erkundung von Gemeinsamkeiten) anwesend gewesen zu sein. Diese multimediale Kunstausstellung ging auf ein gemeinsames Projekt des British Council, der Europäischen Bewegung International und des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments im Vereinigten Königreich zurück, bei dem sich junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren aufgerufen waren, Kunstwerke und Essays einzureichen, in welchen der Mehrwert der Kooperation zwischen jungen Menschen im Vereinigten Königreich und in der EU in den Bereichen Frieden, Demokratie, Gleichheit, Solidarität und nachhaltige Entwicklung beleuchtet wird. Die Beiträge wurden anschließend anhand der Kriterien der formulierten Kernbotschaften, der innovativen Gedanken zu dem Thema sowie der Förderung des Werts der Kooperation zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bewertet.

Mit der Betreuung des Projekts wurden zwei junge Kuratorinnen beauftragt, Michalina Franasik aus Polen und Niina Ulfsak aus Estland, die beide in London studieren und arbeiten. Die ausgezeichneten Beiträge verbindet ein überzeugendes und stimmiges Narrativ, wobei sich die bildenden Künstler und Autoren erstaunlicherweise während des Schaffensprozesses überhaupt nicht persönlich getroffen haben. In Fotografien, Zeichnungen, Gemälden und Drucken waren immer wieder Bilder von ausgestreckten Händen, von Umarmungen und von schützenden Körpern zu sehen. Die häufige Verwendung von Symbolen in blau und gelb wies auf die Farben der EU und die ukrainischen Fahne hin, wobei auch wiederholt Figuren, die stark an mythische Symbole der uns nährenden Mutter Erde in den Bildern auftauchten. Eine Kollage aus europäischen Werten in Form von gefundenen Objekten und Freundschaftsarmbändern auf einer Landkarte fand viel Beachtung und inspirierte zu poetischen Reaktionen auf das Thema. Eine Auswahl von Essays beschäftigte sich wiederum mit Themen wie psychische Gesundheit und Wohlbefinden, Identität, Grenzerfahrungen sowie den Höhen und Tiefen beim Sprachenlernen und Herumreisen in Europa.

Die Ausstellung war Teil eines umfassenderen zweijährigen Projekts der EU und des Vereinigten Königreichs mit dem Titel „Youth Stronger Together for a Better World“ (Jugend – gemeinsam stärker für eine bessere Welt), das vom British Council in Zusammenarbeit mit der Europäischen Bewegung International durchgeführt und von der EU kofinanziert wurde. Sie bietet jungen Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren aus der EU und dem Vereinigten Königreich die Möglichkeit, sich im Hinblick auf Themen von gemeinsamem Interesse zu vernetzen, miteinander zu kooperieren, gemeinsam Einfluss auszuüben und einen Wandel herbeizuführen und dadurch den Weg für eine stärker untereinander vernetzte Zukunft zu ebnen.

Der British Council unterstützt junge Führungskräfte dabei, ihre Kompetenzen zu verbessern und mit Gleichaltrigen zusammenzuarbeiten, um die zahlreichen Krisen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen – vom Klimawandel über Beschäftigung und Vermittelbarkeit bis hin zu Entfremdung und Inklusion, Konflikten und Stabilität. Diese Themen boten sich im Herbst 2023 an, als man sich mit dem Projekt an junge Menschen auf der irischen Insel gewandt und dadurch Kontakte zwischen Gemeinschaften beiderseits der Grenze hergestellt hat, damit sie

sich über ihre Lebenserfahrungen in einer Welt nach dem Brexit und nach der COVID-19-Pandemie austauschen können. Fachleute aus der Medienbranche dienten als Mentoren für die Teilnehmer und versetzten sie in die Lage, hochwertige Filme und Medieninhalte zu produzieren, in denen die unterschiedlichen Ansichten junger Menschen, die heute auf der irischen Insel leben, vorgestellt werden.

Lasha Svanishvilu, ein junger litauischer Teilnehmer an dem besagten Projekt hat Folgendes dazu geschrieben:

„In einer Welt, in der häufig Unterschiede hervorgehoben werden, unterstreichen Initiativen wie diese die gemeinsamen Bestrebungen und Anstrengungen, die junge Menschen zusammenbringen. Mit dem Fortschreiten des Projekts wird eine deutliche Botschaft vermittelt, und zwar, dass Zusammenarbeit nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig ist für eine bessere, stärker vernetzte Zukunft von jungen Menschen im Vereinigten Königreich und in der Europäischen Union. Wir können die Kluft wirklich überbrücken.“

Da die Regierung des Vereinigten Königreichs eine neue Phase der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich eingeleitet hat, hoffen viele von uns, dass die Stimme dieser jungen Menschen von den politischen Entscheidungsträgern gehört wird.

**Julie Ward**

## Verpasste Chancen – Ungarns 20 Jahre in der EU

Ungarn ist seit 20 Jahren Mitglied der EU. Seither hat sich viel verändert, aber nicht alles zum Besseren. Mit EU-Mitteln wurde ein Großteil der Infrastruktur in Ungarn erneuert. Ungarns Wirtschaft hatte jedoch in den vergangenen zwei Jahren erhebliche Wachstumsprobleme, da aufgrund der weitverbreiteten Korruption die Regierung einen Großteil der EU-Mittel nicht erhalten hat.

Doch zurück zum Anfang. In Ungarn herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die NATO und später die EU beitreten. Letzteres kam auch in dem Referendum von 2003 zum Ausdruck, als 84 % für den Beitritt stimmten. Seither redet Orbán „Brüssel“ immer wieder schlecht.

Ungarn trat 2004 der EU bei, erhielt jedoch jahrelang weniger Mittel, da zur Halbzeit des seinerzeitigen mehrjährigen Finanzplans (eines Siebenjahreshaushalts) neue Mitglieder beitraten. Obgleich die Ausschöpfungsquote angemessen war, wurden die meisten Mittel in diesem Siebenjahreshaushalt erst nach 2010 abgerufen, dem Jahr, in dem Orbán erneut an die Macht kam. Daher hatte er die Gelegenheit, mit diesem beispiellosen Geldbetrag große Dinge zu tun. Meiner Ansicht nach legte er oft nicht die richtigen Prioritäten fest.

Die EU-Mittel waren mit Blick auf die Infrastruktur sehr hilfreich, aber es gab Probleme mit der Prioritätensetzung. Vor ein paar Monaten wurde das nochmals sehr deutlich. Obwohl die Regierung viele EU-Mittel für Eisenbahnprojekte ausgegeben hat, sind die Züge in Ungarn noch nie so unpünktlich wie jetzt. Für InterCity-Verbindungen müssen Sie eine teurere Fahrkarte kaufen, doch zwei Drittel der entsprechenden Züge fahren mit einer Verspätung von mehr als fünf Minuten.

Einer der Gründe für diese Missstände ist die systemische Korruption. Was die Eisenbahn angeht, erhielt Orbáns Zimmergenosse aus Universitätszeiten, nachdem er sich selbst an Orbán gewandt hatte, sehr viele öffentliche Aufträge. Seither ist Orbáns Kommilitone einer der erfolgreichsten Geschäftsleute Ungarns. Zuvor war er Gasinstallateur, und sein kleines Unternehmen stand kurz vor der Pleite, aber nun ist er der reichste Mann Ungarns. Das Europäische Parlament war maßgeblich daran beteiligt, Korruptionsfragen im Zusammenhang mit EU-Mitteln zu einem wichtigen Thema zu machen, das die Kommission nicht einfach so abtun konnte. Zwar haben Sicherheitsvorkehrungen gegen Korruption derweil in den Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn einen recht hohen Stellenwert, doch die Regierung wird oft nur kosmetische Korrekturen vornehmen.

In diesem Herbst gestand Orbán öffentlich ein, dass ein großer Teil der für Ungarn bestimmten EU-Mittel nicht ausgezahlt wird, obwohl die fehlenden Mittel schon in den vergangenen zwei Jahren eine der Hauptursachen des geringen Wirtschaftswachstums waren.

Doch leider konnte Orbán seine EU-feindliche Propaganda sogar noch verschärfen. In den letzten zwei Jahren machte er die EU dafür verantwortlich, dass die Inflationsrate EU-weit in Ungarn am höchsten war, weil es zu einer „Sanktionsinflation“ kam und „Brüsselige Sanktionen“ verhängt wurden.

Erst kürzlich hat er der EU unterstellt, sie wolle anstelle seiner Regierung eine Marionettenregierung einsetzen – starke Worte, wo doch Ungarn derzeit den EU-Ratsvorsitz innehat. Politisch könnte er mit diesen propagandistischen Vorwürfen einen weiteren Erfolg erzielen, aber auch seine Beziehungen zur EU weiter vergiften und – leider – Ungarn schaden. Daher kann ich mir nur wünschen, dass die EU-Mitgliedschaft Ungarns in den nächsten zwanzig Jahren viel stärker im Interesse des ungarischen Volkes und der EU genutzt wird. Es gibt eine historische Chance für Ungarn, sich auch in der Wirtschaft und bei den Nachteilen an den EU-Durchschnitt anzunähern. Ich bin fest davon überzeugt, dass die EU auch eine Wertegemeinschaft ist und Ungarns historischer Platz in dieser europäischen Gemeinschaft liegt.

**Zita Gurmai**

## Ungarn Auf Einem Fragwürdigen Weg

Vom 23. bis 25. Oktober besuchte eine Delegation des VEM den ungarischen Ratsvorsitz in Budapest. Während dieser gut organisierten Reise konnte sich die Delegation einen umfassenden Überblick über die Bestrebungen des zweiten ungarischen EU-Ratsvorsitzes, aber auch über den ideellen Hintergrund und die Gründe für die besondere Haltung gegenüber der europäischen Agenda verschaffen. Unsere Treffen fanden einige Tage nach einer weiteren „berühmten“ Rede von Ministerpräsident Viktor Orbán anlässlich des Nationalfeiertags zum Gedenken an den Beginn des ungarischen Aufstands von 1956 und die Erklärung zur Wiederherstellung der Demokratie im Jahr 1989 statt. In seiner Rede bezeichnete er Brüssel erneut als neues Moskau, das wegen seiner Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten Ungarns bekämpft werden müsse.

Das erste Treffen mit Vertretern der Mehrheitspartei fand mit dem Minister für europäische Angelegenheiten statt. Seine Präsentation bildete einen Kontrast zum Tenor und zur Linie der Rede von Orbán. János Bóka erläuterte die Prioritäten des ungarischen Ratsvorsitzes, und nannte dabei insbesondere Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Verteidigung, Erweiterung und Migration. In Bezug auf die Migrationsfrage betonte er, dass Ungarn als Vorsitz auf einer raschen Umsetzung des Migrations- und Asylpakets bestehen werde, Ungarn jedoch als Mitgliedstaat auf Änderungen drängen werde und nicht nur auf zusätzliche Rechtsvorschriften, wie sie kürzlich von der EU-Kommission vorgeschlagen wurden. Dabei ist auch zu bedenken, dass Viktor Orbán nur wenige Tage vor unserem Treffen mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić zusammentraf. Alle drei brachten ihre Zufriedenheit über ihre restriktive Migrationspolitik zum Ausdruck und verpflichteten sich, Druck auf die EU auszuüben, damit sie ihrem Beispiel folgt.

In den folgenden Debatten mit Parlamentsmitgliedern der Parteien Fidesz, Jobbik und der Sozialdemokraten war der Standpunkt der Regierung mit Blick auf die Ukraine und die Aggression Russlands gegen die Ukraine das wichtigste Thema. Für die Vertreter der Fidesz bilden die ungarischen Interessen die wichtigsten Leitlinien für die Ukraine-Politik. Ungarn wünscht sich Frieden und ein Ende des Krieges. Es kann keine wichtige Rolle bei der Vermittlung spielen, möchte aber an den Verhandlungen teilnehmen, um die Zukunft der Region zu erörtern, zumal in der Ukraine eine bedeutende ungarische Minderheit lebt. Auf jeden Fall sollte Europa die neue globale Multipolarität akzeptieren, in der China eine große Rolle spielt und Russland besondere Sicherheitsinteressen hat.

Die Kritik der Opposition richtete sich in erster Linie gegen den zunehmend autoritären Führungsstil der Regierung. Sie kritisierte den schrittweisen Abbau des demokratischen Systems hin zu dem von Viktor Orbán propagierten „nicht-liberalen“ System. Die umfassende Kontrolle der Medien durch die Regierung oder die dem Premierminister nahestehenden Personen schränkt die Möglichkeit der Opposition, der Öffentlichkeit ihre Ansichten zu vermitteln, erheblich ein.

Die Vertreter der Zivilgesellschaft, mit denen wir zusammentreffen konnten, brachten ähnliche Argumente vor. Sie sind einer weiteren Bedrohung ausgesetzt, nachdem die Regierung ein „Büro zum Schutz der Souveränität“ eingerichtet hat. Diese neue Einrichtung

wird nun von der Europäischen Kommission geprüft, übt jedoch in der Zwischenzeit großen Druck auf all diejenigen aus, die die Regierung offen kritisieren, da sie die Souveränität Ungarns durch ihre Kritik gefährden könnten. Die Vertreter der Zivilgesellschaft wünschen sich eine aktivere Informationspolitik seitens der EU, die den von der Regierung verbreiteten Falschmeldungen entgegenwirken würde.

Aufgrund der anhaltenden Kritik der Regierung an der EU befürchten sie auch, dass die nach wie vor überwältigende Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft geschwächt werden könnte. Schon jetzt werden die von der EU zurückgehaltenen Gelder als „Brüsseler Sanktionen“ bezeichnet, um Brüssel die Schuld zu geben und vom wahren Grund dieser „Sanktionen“ abzulenken: nämlich der Verletzung europäischer Rechtsvorschriften durch die ungarische Regierung.

Darüber hinaus hat die Einbehaltung von Finanzbeiträgen selbstverständlich bereits sichtbare Auswirkungen auf die Investitionen, die für ein nachhaltigeres Wirtschaftswachstum in Ungarn erforderlich sind. Ungarn könnte wirtschaftlich besser dastehen, wenn es die von der EU für das Land vorgesehenen Mittel erhalten würde und wenn es im Rahmen seiner Präsidentschaft nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit fördern, sondern auch eine diskriminierungsfreie Politik gegenüber ausländischen Investoren und Unternehmen betreiben würde.

**Hannes Swoboda**

## Was tun mit Viktor Orbán?

Ungarn müsse sich zwischen Viktor Orbán und der Europäischen Union entscheiden. Dies waren die knappen Schlussworte unseres Präsidenten Klaus Hänsch am Ende der Vorträge unserer ehemaligen Kollegen Zsolt Becsey und Zita Gurmai, die sich im Rahmen eines Abendessens mit Diskussion darum bemüht haben, zu erklären, warum die Politik der ungarischen Regierung nicht im Widerspruch zu den Interessen und Werten Europas stehe. Der Gegensatz zwischen den beiden Vorstellungen von der Union war nie so deutlich wie während dieser Diskussion.

Mit dem vorliegenden Beitrag möchte ich für keine Seite Partei ergreifen. Ich möchte lediglich zusammenfassen, was unsere Delegation bei ihrem kurzen Besuch in Budapest gesehen und gehört hat.

Zsolt Becsey hat den Standpunkt Ungarns sehr präzise dargestellt. Er erinnerte daran, dass seine Nation aus tausend Jahren Geschichte etwas sehr Wichtiges gelernt habe: Aufgrund ihrer geographischen Lage zwischen drei viel mächtigeren Ländern – Deutschland, Russland und der Türkei – konnte sie ihre Unabhängigkeit und ihre Existenz nur durch eine friedliche Beziehung zu allen dreien bewahren. Ein solches Gleichgewicht zu schaffen, sei manchmal recht schwierig, denn es erfordere viel Fingerspitzengefühl. Aber dieses Gleichgewicht müsse ein unantastbarer Grundsatz bleiben, was die aktuelle Politik Ungarns erklärt. Zsolt Becsey wollte uns zu verstehen geben, dass seine Nation Europa bereichert, indem sie das Beste aus ihren geschichtlichen Erfahrungen einfließen lässt. Der Druck vonseiten der Kommission in Brüssel und des Europäischen Parlaments in Straßburg führe hauptsächlich dazu, den Zusammenhalt des ungarischen Volks und seiner Machthaber, allen voran Viktor Orbán, sowie das Misstrauen der Wähler im Hinblick auf die europäische Integration zu verstärken. Geduld, Vorsicht und die Achtung der Besonderheiten jedes Mitgliedstaats seien essenziell für das Fortbestehen der Union.

Eine weitere Meinungsverschiedenheit zwischen Ungarn und den anderen europäischen Staaten betrifft die Ukraine. Die Regierung unter Viktor Orbán zeigt sich bekanntermaßen sehr zurückhaltend, wenn es um die Unterstützung der Regierung Kyjiws geht: keine Waffenlieferungen, Zurückhaltung bei der finanziellen Unterstützung, Ablehnung des Beitritts der Ukraine zur EU und zur NATO. Attila Tilki, Vizepräsident des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im ungarischen Parlament, der von einem an die Ukraine angrenzenden Wahlkreis gewählt wurde, erläuterte die Gründe dafür. Er sprach von einem Gefühl der Ungerechtigkeit, das das ungarische Volk bezüglich seiner Landsleute verspürt, die gegen ihren Willen auf ukrainischem Boden, direkt hinter der Grenze, leben. Ihr Status als nationale Minderheit schütze sie kaum vor eklatanten Ungerechtigkeiten. Es sei deshalb nicht verwunderlich, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten durch Misstrauen geprägt sind.

Dieser kurze Bericht wäre unvollständig, wenn das Treffen mit zwei Verantwortungsträgern des Vereins, nämlich András Bíró-Nagy und András Léderer, unerwähnt bliebe. Sie haben die Regierung ihres Landes stark dafür angeprangert, dass sie die Demokratie zerstöre. Die beiden Redner haben unsere Delegation inständig gebeten, uns bei den Institutionen in Brüssel dafür einzusetzen, dass die Sanktionen gegen den ungarischen Staat aufrechterhalten und sogar

verschärft werden. Sie bekräftigten, dass Viktor Orbán nur Machtbeziehungen verstehe. Einschränkungen seien der einzige Weg, um ihn zu einem Handeln zu bewegen, das von einem weniger verzerrten Bild der Demokratie geprägt ist.

**Michel Pinton**

## Ungarn - das Land mit (noch) zwei Seiten einer Medaille

Im Hinterkopf hatte ich die Bilder und Reden anlässlich des Auftretens von Victor Orbán beim Plenum in Strasbourg am 09. Oktober als wir zum Besuch nach Budapest aufbrachen. Länger schon schwebte die Frage im Raum: Ist unsere Reise trotz des Europa-schädlichen Verhaltens des Staatschefs angemessen und ratsam? Die eindeutige Antwort lautet JA – das sind wir den Bürgern des Landes schuldig, die an ein vereintes Europa mit seinen Werten und Schätzen glauben und sich einer illiberalen Demokratie zur Wehr setzen (70% votieren für EU-Mitgliedschaft und 75 % für die in der NATO).

Wir begannen unseren Besuch am ungarischen Nationalfeiertag- erinnernd an den Freiheitswillen der Ungarn im Jahr 1956, brutal niedergewalzt von sowjetischen Panzern und an den Neuanfang 1990. Umso verstörender war der Aufruf Victor Orbans vor seinen Anhängern, sich der EU genauso zu widersetzen wie 1956 Moskaus. Gemeinschaftsschädlicher kann kein EU-Ratspräsident agieren.

Um es vorwegzunehmen – die kurze, aber intensive und inhaltsreiche Reise wurde von allen Teilnehmenden als höchst informativ, inspirierend und erfolgreich bewertet. Dem Organisationsteam gilt ein ausgesprochen großer Dank.

Schon am Auftaktabend wurden wir durch die engagierte Rede des ehemaligen Staatssekretärs für Fragen von Minderheiten und Mitglied im Parlament Vilmos Szabo in die Vielfalt der politischen Szene eingeführt. Als derzeitiger Opponent zur Fidesz-Partei übte er, wie auch unser Vereinsmitglied Zita Gurmai starke Kritik an der undemokratischen Politik der derzeitigen Regierung. Sie vermittelten einen Hauch von Hoffnung auf einen Wechsel im Jahr 2026.

Im Gegensatz dazu erläuterte der Minister für Europaangelegenheiten, János Bóka die Intentionen der ungarischen Ratspräsidentschaft, ausgerichtet auf Stabilität und Kontinuität. Zudem unterstrich er, als auch der ehemalige Sprecher des Parlamentes, Katalin Szili die ungarische Vision eines Europas der Nationen und erläuterten die nicht abgestimmten Besuche von Victor Orbán in Russland, China sowie der Ukraine. Nicht verwunderlich war, dass Mitglieder unserer Gruppe kritische Rückfragen stellten, die meist nicht wirklich beantwortet wurden.

In der Diskussionsrunde mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Attila Tilki wurde die anti-europäische Haltung mit der Überbetonung einer angestrebten Politik des „Ungarn zuerst“ deutlich. Wohltuend war die zeitgleiche Anwesenheit des Oppositionspolitikers Koloman Brenner, der die gemeinsame europäische Verantwortung unterstrich und zugleich auf die Unter- Repräsentation von Frauen in der Politik verwies. Im ungarischen Kabinett ist keine einzige Frau vertreten.

Es ist der Anspruch von FMA-Delegationsreisen, die Vielfalt der Gesellschaft eines Landes zu erspüren. Dazu gehört das Gespräch mit zivilen Organisationen und think-tanks. Denes Bank vom Wirtschaftsforschungsinstitut und Barna Szabó vom „Equilibrium Institute“ erläuterten die Auswirkungen der gegenwärtigen Kriege auf den Energie- und Rohstoffmarkt und somit

auch auf die ungarische Wirtschaft. Zusätzlich beeinträchtigt das Einfrieren von 20 Mrd. € EU-Gelder nötige Investitionen und schwächt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

Dennoch waren beide Lektoren als auch die Vertreter des think tanks „Policy Solution“ sowie des Helsinki Committee`s einig in ihrer Botschaft: die EU-Staaten müssen einen gemeinsamen und klaren Standpunkt bei der Umsetzung des § 7 – Verfahrens einnehmen. Die Orban-Regierung verbreitet lautstark und mit Unmengen Geld über die sozialen Medien Fehlinformationen ohne dass es deutliche Klarstellungen durch die EU-Institutionen gibt. Letzteres ist besonders wichtig angesichts der prekären Lage der NRO`s, die als Feinde des Landes angesehen werden.

Den durch gemeinschaftliches Handeln erzeugte europäische Mehrwert wurde durch die Berichte des auf Vorschlag des ITRE Ausschuss 2010 gegründeten Europäischen Institutes für Innovation und Technologie unterstrichen. Das EIT verbindet über Netzwerkbildung Wirtschaft, Lehre und Forschung mit mehr als 2400 Partnern in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Gesundheit, Demografie, Berufsbilder, Unternehmertum, Wasser u.a.

Abgerundet wurde unser inspirierender Besuch mit der Besichtigung der Oper und dem Parlamentsgebäude sowie kulinarischen Köstlichkeiten.

**Gisela Kallenbach**

## Ein Besuch voller Kontraste

Budapest wird durch die Donau zweigeteilt und verfügt über eine Fülle wunderschöner Gebäude. Sie verleihen eine ruhige Atmosphäre – ganz im Gegensatz zu der heutigen Politik, die in derselben Stadt Gestalt annimmt.

Der VEM pflegt alle sechs Monate dem jeweils aktuellen Vorsitz des EU-Ministerrates einen Besuch abzustatten. Auch wenn der Hauptzweck darin besteht, die Prioritäten und das Programm des Vorsitzes zusammen mit Ministern und anderen Politikern unter die Lupe zu nehmen, treffen wir uns immer auch mit der Zivilgesellschaft, unternehmen Kulturbesuche und erfahren mehr über die Arbeit von EU-Agenturen, die dort ihren Sitz haben. Dieser Besuch folgte diesem Muster, aber die Einstellung und die Tätigkeiten eines Mannes rückten in den Mittelpunkt.

Viktor Orbán hat Freunde – in Moskau und Peking, nicht aber in Brüssel. Bei einer Rede am Tag unserer Ankunft, dem Tag der Republik, erklärte er:

*„Für Brüssel ist eine unabhängige ungarische Politik inakzeptabel. Wir müssen dieser Tatsache ins Auge sehen. Daher hat Brüssel angekündigt, dass es die nationale ungarische Regierung loswerden wird. Sie haben auch angekündigt, dass sie dem Land eine Marionettenregierung der Brüsseler Elite aufzwingen wollen.“*

Wie kann eine solche böswillige Fantasie für so viele Wähler glaubwürdig erscheinen, haben wir uns selbst gefragt – und wir haben mehrere Redner gefragt. Die Antwort war, dass Vertreter der Opposition nur wenige Gelegenheiten haben, eine wahrheitsgetreue Alternative zu präsentieren. Die Kontrolle über die Medien verleiht Glaubwürdigkeit und lässt Fiktion bei Zuschauern, Hörern und Lesern zu Wirklichkeit werden. Die Zivilgesellschaft hätte möglicherweise Aktivisten zusammengebracht, aber wir haben etwas über die Methoden der Unterdrückung fast aller solcher Organisationen erfahren.

Bei unserem Treffen mit dem Minister für EU-Angelegenheiten János Bóka sprach dieser über das Programm des Ratsvorsitzes. Es ging darum, dass Ungarn eine Einigung mit seinen EU-Partnern sucht, wobei der Schwerpunkt jedoch auf den Befugnissen der Mitgliedstaaten liegt. Wir haben nicht nur genau nachgefragt, sondern auch auf den Kontrast hingewiesen, dass Ungarn eine Einigung über wichtige Dossiers behindert und die demokratischen Grundsätze missachtet. Es handelte sich um einen sehr ruhigen Austausch, auch wenn nicht bei vielen Punkten Einigkeit bestand.

Dieser Sechsmonatszeitraum unterscheidet sich auch auf andere Weise von vielen vorangegangenen. Es gibt ein neu gewähltes Europäisches Parlament, und die Amtszeit der Kommission endet. Es besteht eine Chance auf einige Fortschritte, aber die sechs Monate werden wahrscheinlich mit einem Schritt vorwärts und zwei orbánischen Schritten zurück enden.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die europäische Kultur in Budapest verankert ist. Unsere Führungen des großartigen Operngebäudes am ersten Abend und des prächtigen Parlamentsgebäudes am nächsten Tag erinnerten uns an die Größe des österreichisch-

ungarischen Kaiserreiches. Ähnliche Architekturstile gibt es in vielen europäischen Hauptstädten, aber nur wenige können es in Bezug auf deren Umfang mit Budapest aufnehmen.

In fast jedem Mitgliedstaat ist eine Einrichtung oder Agentur der EU ansässig. An unserem letzten Tag besuchten wir das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT). Es ist ohne lokale Einmischung tätig. Die Präsentationen waren faszinierend. Der Schwerpunkt lag darauf, durch Innovation und die Mobilisierung privater Finanzmittel große Fortschritte zu erzielen, nicht durch erhebliche öffentliche Ausgaben.

Der Direktor Martin Kern erläuterte, wie das Institut durch seine umfangreichen Verbindungen zu High-Tech-Unternehmen, führenden Universitäten und anderen europäischen Organisationen, die Innovationen voranbringen, im Zentrum des größten „Innovationsökosystems“ Europas steht. Seine Stärken sind das Netzwerk mit 2 400 Partnern und das Verhältnis von privater zu öffentlicher Finanzierung von acht zu eins.

Die Förderung der gesundheitspolitischen Prioritäten der EU war das Thema von Ferenc Pongrácz, stellvertretender Geschäftsführer von EIT Health InnoStars. Fragmentierte Systeme müssen mit einer alternden Bevölkerung mit zunehmenden chronischen Gesundheitsproblemen zurechtkommen. Maßnahmen werden durch Ressourcendruck, sowohl finanzieller als auch personeller Art, behindert. Die Zusammenführung der Systeme und eine bessere Nutzung der Ressourcen sind wichtige Abhilfemaßnahmen bei dieser Arbeit des EIT.

Die Redner wiesen auf den jüngsten Draghi-Bericht hin, in dem zahlreiche Maßnahmen, die das EIT ergriffen hat, empfohlen werden. Verbindungen zum EU-Programm „Horizont“ wurden ebenfalls angesprochen. Mit dem Besuch des EIT endete unser letzter Tag mit der Hoffnung, dass durch ein gemeinsames Handeln der EU sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen Bereich Fortschritte erzielt werden könnten und den Bedürfnissen der europäischen Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen werden könnte.

Das Zitat aus Orbáns Rede ist einem ausführlichen Sitzungsbericht entnommen: <https://abouthungary.hu/speeches-and-remarks/speech-by-viktor-orban-on-the-68th-anniversary-of-the-1956-hungarian-revolution-and-freedom-fight>.

**Peter Price**

## Kritik, Souveränität und EU-Mitgliedschaft im Gleichgewicht

Der Besuch in Ungarn, das derzeit den EU-Ratsvorsitz innehat, war sehr speziell, da das EP und die Kommission diesen Mitgliedstaat sehr kritisch sehen. Zahlungen aus den Fonds wurden ausgesetzt, weil Ungarn die Bedingungen nicht erfüllt. Ministerpräsident Viktor Orbán wendet sich beständig mit deutlichen Worten gegen die EU. Im Europäischen Rat macht er regelmäßig von seinem Vetorecht Gebrauch. Unsere VEM-Delegation war sehr gespannt: Wie würden die Gespräche mit ungarischen Politikern und Wissenschaftlern ablaufen?

Wir wurden sehr gastfreundlich im nationalen Parlament empfangen, das eher einem kaiserlichen Palast als einem Sitzungszentrum ähnelt. Hier erläuterte Janos Boka, Minister für europäische Angelegenheiten, die Prioritäten des Ratsvorsitzes. Dabei handelt es sich um 1) die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU in der Welt, 2) die Intensivierung der industriellen Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung in Europa, 3) eine kohärente Erweiterungspolitik mit Schwerpunkt auf dem Balkan, 4) die Notwendigkeit der Umsetzung des Migrationspakts, insbesondere der „innovativen Asylvorschriften“ und der Stärkung der EU-Außengrenzen, und 5) den grünen und den digitalen Wandel. Der Minister war der Ansicht, dass die EU den chinesischen Vorschlag für ein Kooperationsabkommen ernsthaft prüfen sollte. Wir fragten Janos Boka, wie die EU-feindliche Rhetorik seines Ministerpräsidenten mit der Rolle des EU-Ratsvorsitzes vereinbar ist und welchem Zweck sie dient. Zu unserer Überraschung antwortete er, dass sie keinem Zweck diene und dass sich die EU-Mitgliedstaaten tatsächlich mit gegenseitigem Respekt begegnen müssen.

Der außenpolitische Sprecher der Partei Fidesz, Attila Tilki, bezeichnete die EU als Strauß Blumen verschiedener Farben, als Sammlung von Staaten mit unterschiedlichen Kulturen. Seine Partei sei nicht nationalistisch, sondern patriotisch und kämpfe für das nationale Interesse Ungarns. Die eigene politische und kulturelle Souveränität sei tief in der ungarischen Geschichte verwurzelt. Ausländische Kritiker unterschätzten die Frustration über den Verlust von zwei Dritteln des ungarischen Hoheitsgebiets (1920) und die Bedeutung des Aufstands von 1956. Ungarn sei ein konservatives illiberales Land, das sich von Brüssel keine liberalen Rechtsvorschriften aufzwingen lasse. Die Fidesz verurteilt die Aggression Russlands in der Ukraine, argumentiert jedoch, dass der Krieg nicht auf dem Schlachtfeld entschieden werden könne. Also sollte es keine Waffenlieferungen geben, sondern einen Waffenstillstand, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen.

Die Sprecher der Opposition nennen Ungarn ein antidemokratisches Land, in dem Viktor Orbáns Partei die gesamte Macht habe. Die Fidesz habe die Verfassung so geändert, dass sie sich einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament sicher sein könne. Die Partei sei ausgesprochen paternalistisch: Der Regierung gehört keine einzige Frau an. Die Medien stünden vollständig unter staatlicher Kontrolle. Die Opposition und nichtstaatliche Organisationen fänden dabei kein Gehör. Die Fidesz habe enorme Summen in Kampagnen in den sozialen Medien investiert. Korruption mit EU-Geldern sei weit verbreitet.

Populismus, Nationalismus und Rassismus würden genutzt, um eine breite Unterstützung bei den Wählern zu gewährleisten. Das Programm mit verschiedenen Gesprächspartnern war ausgewogen zusammengestellt. Dadurch konnte sich die Delegation ein gutes Bild davon

verschaffen, was Viktor Orbáns Fidesz-Partei bewegt, was die Kritik der Opposition ist und wie Think Tanks die Entwicklungen bewerten. Wirtschaftlich und finanziell hat Ungarn der EU-Mitgliedschaft viel zu verdanken. Es ist jedoch nach wie vor ein relativ armes Land, das gemessen am BSP in der EU an 23. Stelle steht. Viktor Orbán zufolge ist alles, was schlecht läuft, wie die schwache Wirtschaft, niedrige Löhne und die Diskriminierung ungarischer Minderheiten in den Nachbarländern, die Schuld der EU. Dennoch sind er und die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor für eine EU-Mitgliedschaft. Ungarn benötigt die hohen Subventionsströme dringend. Wenn das Land ein vollwertiges Mitglied bleiben will, muss es jedoch die Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllen.

**Bob van den Bos**

## Die konservativen Perspektiven Ungarns

Zsolt Becsey, der als Gastredner zum Abendessen eingeladen war, sprach zunächst darüber, warum die ersten 20 Jahre in der EU bei der konservativen ungarischen Elite und der Mehrheit der Bevölkerung Enttäuschung hervorgerufen haben.

Als Hauptgrund nannte er, dass Ungarn nach 1990 zunächst sehr erfreut über die westliche Integration war, insbesondere über die Mitgliedschaft in der EU, da so der größte nationale Schock der ungarischen Nation, das Trauma des Vertrags von Trianon, durch den Ungarn als im Karpatenbecken historisch gewachsener Staat zerschlagen und verstümmelt wurde, in gewisser Weise hätte geheilt werden können. Millionen Menschen, die sich dem Bürgertum zugehörig fühlten, das in der ungarischen Nation bereits im Entstehen begriffen war (und diejenigen, die dort ein staatsbürgerliches Bewusstsein entwickelt hatten), hätten sich außerhalb der Grenzen des Landes wiedergefunden, wodurch die Beziehungen zwischen den Menschen zerstört worden seien. Zudem habe sich der Geburtsort dieser Menschen plötzlich in einem aggressiven nationalistischen Umfeld befunden, in dem ihre Assimilation zu einem vorrangigen Ziel geworden sei. Deshalb hoffte Ungarn, dass die europäische Integration gerade dazu beitragen würde, die fast hundertjährige Wahrnehmung eines – gar nicht so sehr – geeinten Nationalstaats zu überwinden, da in der EU nicht souveränistische Kompetenzen gepflegt, sondern immer mehr gemeinsame und gemeinschaftliche Kompetenzen entstehen würden, um so der aggressiven Politik der neuen Nachbarn Ungarns entgegenzuwirken, und dass aufgrund des Wesens der Union das von unten nach oben aufgebaute westliche Sozialmodell, das durch Autonomie und Dezentralisierung gekennzeichnet sei, in den Mitgliedstaaten überwiegen würde. Auch wenn die Achtung von Minderheiten 1993 in die minderheitenbezogenen demokratischen Kriterien für den Beitritt aufgenommen wurde und im Vertrag von Maastricht das Motto „In Vielfalt geeint“ festgelegt ist, gelte dieser Grundsatz für die ungarischen Gemeinschaften in den Nachbarländern im Gegensatz zu beispielsweise Südtirol oder den Ålandinseln gerade nicht, aber für andere neuartige Gemeinschaften (soziales Geschlecht, gesellschaftliche Zugehörigkeit, sexuelle Ausrichtung usw.). Obwohl Ungarn die Integration seiner Nachbarländer im Karpatenbecken aus dem genannten Grund unterstützt habe, sei die Enttäuschung in Bezug auf die nationale Frage so groß gewesen, dass sie zu einer der wichtigsten Ursachen für antiwestliche Haltungen geworden sei.

Eine weitere konservative Lehre war Zsolt Becsey zufolge, dass sich der Paternalismus in der ungarischen Gesellschaft verstärkt habe, der dort leider schon seit 300 Jahren stark verwurzelt sei, d. h. verantwortungsvolle Selbstversorgung, Wettbewerbsorientierung und Management von Marktrisiken sowie die Ablehnung der damit verbundenen Möglichkeit des Scheiterns. Nach 2004 hätten die Maßnahmen der Politiker in der Öffentlichkeit vor allem die Hoffnung geweckt, dass der Staat und die EU sie schützen und – unabhängig von der Qualität der Leistungen – ihren Lebensunterhalt, eine minimale Verbesserung des Lebensstandards und eine Ausweitung der kostenlosen Leistungen garantieren würden. Dies sei bereits vor 1990 unter dem Regime von János Kádár – wie schon zuvor – der Fall gewesen, sodass die zunehmenden Probleme im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit und die Abkopplung, Stagnation und Neuverschuldung der Region auch antiwestliche Haltungen und Enttäuschung in der ungarischen Gesellschaft verstärkt hätten.

Glücklicherweise sei die westliche Orientierung in der ungarischen Gesellschaft tiefer verankert als die Suche nach einem Ausweg im Osten, einer Vermittlerrolle zwischen Ost und West, aber die letzteren Bestrebungen stoßen nach seiner Auffassung sowohl in den Köpfen der politischen Elite als auch in den Köpfen der Massen auf immer mehr Zustimmung.

Zur Frage des Illiberalismus sagte Zsolt Becsey, dass die führenden Politiker in einigen Ländern und damit auch die Öffentlichkeit es angesichts der Misserfolge für wichtig halten, dass die bestehenden demokratischen Institutionen sich vor allem um die Effizienz der Entscheidungsfindung und -umsetzung bemühen statt um das übertrieben langsam scheinende demokratische Verfahren der Vorbereitung und Fassung von Entscheidungen. Gegenüber einer liberalen Demokratie, die sich auf Kontrolle und Gegenkontrolle und eine bürgerliche, spezialisierte und vor Ort verankerte Gesellschaft stütze, aber oft machtlos erscheine, werde in dieser politischen Kommunikation das Alles-oder-nichts-Prinzip und eine nationalstaatliche Hierarchie, die sich auf eine starke Führung stützt, bevorzugt.

In Bezug auf den Vorstoß Russlands in der Region führte Zsolt Becsey aus, dass sich angesichts der Selbstbestimmung der Nationen und der Freiheit, Bündnisse zu schließen, das Primat der Großmächte und der Geopolitik verstärkt habe, da dies weniger Konfrontation bedeute und die Androhung von Gewalt manchmal langsam in den Vordergrund treten könne, ohne dass es zu Blutvergießen komme.

Zur ungarischen Situation äußerte Zsolt Becsey, dass alle ungarischen Abgeordneten Fraktionsmitglieder sind, was immer besser sei als der Status als fraktionsloses Mitglied, dass aber die derzeit stärkste und regierende Partei in Ungarn jetzt weiter vom politischen Zentrum des EP entfernt sei. Im EP sind keine liberalen und grünen Abgeordneten aus Ungarn mehr vertreten, aber es sei eine neue offenbar starke Bewegung aufgetaucht, die den Anspruch hegt, einen westlich orientierten politischen Wandel voranzubringen und in den politischen Wettbewerb einzusteigen.

**Zsolt Becsey**

## Das Dezentrale Innovationsmodell Des EIT Fängt Ideen Ein Und Bringt Sie Auf Den Markt

Die VEM-Delegation blickte dem Besuch erwartungsvoll und mit Vorfreude entgegen, da in der neuen EU-Agenda die Wettbewerbsfähigkeit ein zentrales Thema ist. Auf der wirtschaftspolitischen Agenda steht auch das Bestreben, sich in den Bereichen Forschung und Innovation besser abzustimmen. Den VEM-Mitgliedern sind die kürzlich veröffentlichten Berichte Letta und Draghi und auch der Bericht der von Manuel Heitor geleiteten Sachverständigengruppe bekannt. Als die ambitionierte Lissabon-Agenda anstand, waren die Mitglieder der VEM-Delegation allesamt Mitglieder des Europäischen Parlaments, und wir alle sind überzeugt, dass wirtschaftliche Fortschritte wissenschaftsgestützt sind. Die gastgebende Delegation des EIT und Paul Rübiger, der sowohl im Vorstand des VEM als auch im Verwaltungsrat des EIT ist, sorgten für einen herzlichen Empfang, einen konstruktiven Auftakt und einen lebhaften Meinungsaustausch.

Die Vorsitzende des VEM, Monica Baldi, eröffnete die Diskussion. Die Einführung der Delegation in die verschiedenen Aktivitäten und erfolgreichen Projekte des EIT übernahmen Martin Kern, Direktor des EIT, Ferenc Pongrácz, stellvertretender Direktor von EIT Health InnoStars, Tuan Trinh, Direktor von EIT Digital, und István Kovács, ABCD-Projekt Koordinator der EIT-Initiative für Hochschuleinrichtungen.

Im EIT werden Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit von Anfang an als ein einziges Innovationsökosystem betrachtet. Das EIT ist von einem Ansatz mit drei Hauptzielrichtungen überzeugt: erstens die Schulung von Innovatoren in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, zweitens der Abbau von Hindernissen durch Vernetzung der Innovatoren und drittens die konkrete Verwirklichung von Ideen in Unternehmen.

Die ersten Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC) sind erfolgreich, andere haben den Betrieb aufgenommen, und die jüngste 10. KIC für Wasser-, Meeres- und maritime Angelegenheiten befindet sich in der Gründungsphase. Nach 15 Jahren sollten die KIC des EIT sich selbst tragen. Jeder in eine KIC investierte Euro bewirkt eine Wertschöpfung von bis zu acht Euro.

**EIT InnoEnergy** ist inzwischen selbst ein Einhorn, und aus den 200 Start-up-Unternehmen haben sich bereits vier Einhörner entwickelt. Darüber hinaus wird mit den neuen Produkten und Dienstleistungen dieser Unternehmen auch viel CO<sub>2</sub> eingespart.

**EIT Digital** ist eine weitere Erfolgsgeschichte. In Partnerschaft mit 60 Universitäten wurden über 3 500 Fachkräfte im IKT-Bereich ausgebildet, in dem in der gesamten EU Fachkräftemangel herrscht.

**EIT Health** ist ein ähnlich gelagerter Fall. In diesem Rahmen wurden über 4 900 Fachkräfte ausgebildet, von denen die meisten KI-Lösungen im Gesundheitswesen einsetzen. Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist unentbehrlich, wenn es gilt, auf die Herausforderungen zu reagieren, die sich durch neue Krankheiten in einer alternden Bevölkerung mit chronischen Krankheiten ergeben.

Das **ABCD-Projekt** der EIT-Initiative für Hochschuleinrichtungen (eine Initiative mit dem Ziel, die Innovation in Zusammenarbeit mit Hochschuleinrichtungen zu verbessern) ist von besonderem Interesse, da zu den Projektpartnern auch die Erweiterungsländer des Westbalkanraums gehören.

Die VEM-Mitglieder stellten mehrere Nachfragen und äußerten sich sehr positiv zu den Ergebnissen. Viele von uns waren in den Ausschüssen ITRE, ENVI und BUDG/CONT tätig. Wir waren uns einig, dass Forschung und Innovation von entscheidender Bedeutung sind und im Rahmen des nächsten Programms noch stärker gefördert werden sollten. Unser Vorschlag lautet, das EIT stärker zu fördern, da seine Außenwirkung umso größer ist, je erfolgreicher die Endnutzer sind.

Wir haben uns auch daran erinnert, dass am Anfang die Idee stand, ein „europäisches MIT“ ins Leben zu rufen. Anschließend wurde die einschlägige Verordnung auf den Weg gebracht, zu der die Berichterstatter bzw. Ko-Berichterstatter im EP übrigens aus Ungarn kamen, und im Anschluss an die Verhandlungen im Rat wurde das EIT 2011 in Budapest gegründet.

Mittlerweile geht es in der Diskussion um Top-down-Strukturen und hauptsächlich um Innovationen auf der obersten Ebene (das ARPA-Modell). Vielleicht sollte man sich erneut vergegenwärtigen, dass das Geheimnis des EIT sein einzigartiges dezentrales Modell ist, das den Ausweitungsländern mit einem niedrigeren BIP einen besonderen Mehrwert bietet. Damals war dieser Ansatz sehr modern und galt gar als revolutionär. Doch in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat das Thema Dezentralisierung überall Einzug gehalten. Alle vorgelagerten Sektoren (Energie, IKT, Computing, Daten) und alle nachgelagerten Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung, Finanzen usw.) haben inzwischen diesen Weg eingeschlagen.

**Edit Herczog**

## Das Europäische Technologieinstitut: Eine strategische Drehscheibe für Innovation und Wachstum

Der jüngste Studienbesuch des VEM führte den VEM nach Budapest zum Europäischen Institut für Technologie (EIT), wo der Verein von Direktor Martin Kern herzlich empfangen wurden. Dass Ungarn unbedingt als Sitzstaat für das Europäische Innovations- und Technologieinstitut fungieren wollte, lässt sich auf mehrere wesentliche Faktoren zurückführen, an denen sowohl die strategische Ausrichtung des Landes als auch seine inhärenten Vorteile deutlich werden.

Ungarn betrachtet die Präsenz des EIT als wichtigen Katalysator für das Wirtschaftswachstum. Als Sitzstaat des EIT positioniert sich das Land an der Spitze der europäischen Innovationsnetze. Dadurch können weitere Investitionen eingeworben, die technologische Zusammenarbeit verbessert und der Bereich Forschung und Entwicklung in Ungarn gefördert werden.

Über den Sitz des EIT erhält man Zugang zu einem breiten Netz von Innovationszentren in ganz Europa. So können ungarische Universitäten, Forschungseinrichtungen und Start-Up-Unternehmen enger mit einigen der besten Köpfe zusammenarbeiten und bahnbrechende Projekte durchführen, wodurch auch die Forschungsanstrengungen vor Ort beschleunigt werden.

Die geografische Lage Ungarns in Mitteleuropa bietet einen strategischen Vorteil, da das Land eine Brücke zwischen den Ländern West- und Osteuropas bildet. Diese zentrale Lage macht es zu einem idealen Knotenpunkt für die Vernetzung verschiedener Märkte und begünstigt den Fluss von Ideen, Menschen und Technologien.

Enge Partnerschaften mit dem EIT bieten ungarischen Bildungseinrichtungen die Möglichkeit, an gemeinsamen Programmen teilzunehmen, internationale Studierende ins Land zu holen und ihren Ruf auf internationaler Ebene zu verbessern. So wird auch dazu beigetragen, qualifizierte Arbeitskräfte hervorzubringen, die sich an internationalen Standards ausrichten. Als Sitzstaat des EIT stärkt Ungarn zudem seinen Ruf auf der internationalen Bühne und erhält mehr Einfluss auf die Gestaltung der europäischen Innovationspolitik und -prioritäten. So bekräftigt Ungarn auch seine Entschlossenheit, in der künftigen Wirtschafts- und Technologielandschaft Europas eine wichtige Rolle zu spielen.

Das EIT legt großen Wert auf die Förderung des Unternehmertums und von Start-up-Unternehmen. Durch die Ansiedlung des Instituts in Ungarn eröffnen sich für ungarische Unternehmen neue Möglichkeiten für den Zugang zu Finanzmitteln, Mentorat und Geschäftsmöglichkeiten über das EIT, wodurch das gesamte Umfeld für Start-up-Unternehmen gestärkt wird.

Die Präsenz des EIT kann dazu führen, dass mehr internationale Fachkräfte in Ungarn leben und arbeiten, den Kulturaustausch fördern und durch ihren Konsum und ihre Teilnahme am Kulturleben einen Beitrag zur Wirtschaft des Landes leisten.

Die Bereitschaft Ungarns, als Sitzstaat des EIT zu fungieren, ist Ausdruck einer strategischen Ausrichtung auf die wirtschaftspolitischen Ziele des Landes und seines Engagements für die Förderung eines Umfelds, in dem Innovation und Technologie sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene gedeihen können. Solche Möglichkeiten gelten als wesentlich, um Ungarns langfristige Ziele für seine Wirtschaft voranzubringen und seine Rolle in der Innovationslandschaft der EU zu stärken.

Die Programme des EIT in Ungarn konzentrieren sich auf die Verknüpfung von Bildung, Forschung und Wirtschaft, um Innovationen in allen wichtigen Wirtschaftszweigen zu fördern und so den Wettbewerbsvorteil von Unternehmen aus Ungarn und der EU auf dem Weltmarkt zu verbessern.

Die Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC) des EIT wachsen weiter, und zusätzlich zu den bereits bestehenden KICs „EIT Climate-KIC“, „EIT Digital“, „EIT InnoEnergy“, „EIT Health“, „EIT RawMaterials“, „EIT Food“, „EIT Manufacturing“, „EIT Urban Mobility“ und „EIT Culture & Creativity“ befindet sich nun das neue KIC „EIT Water“ in der Gründungsphase.

Das EIT und seine KICs sind ein wichtiger Meilenstein, und es ist gut, dass die Unterstützung im Zehnten Forschungsrahmenprogramm erneut gewährt wird. Bei Interesse an der Tätigkeit des EIT finden Sie weitere Informationen unter <https://eit.europa.eu/>.

Das EIT und seine KICs sind ein wichtiger Meilenstein, und es ist gut, dass die Unterstützung im Zehnten Forschungsrahmenprogramm erneut gewährt wird.

Das englischsprachige Original wurde unter Zuhilfenahme von Chat Smith erstellt: <https://bit.ly/chat-smith>

**Paul Rübzig**

## Das Europäische Parlament: Vergangenheit, Gegenwart Und Zukunft

Die Reflexion über „Das Europäische Parlament: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ am Europäischen Hochschulinstitut in Fiesole zu reflektieren, war weit mehr als eine Ehre, sondern vor allem eine Gelegenheit, meine aufregende Reise in unserem Plenarsaal Revue passieren zu lassen, einer Institution, die nicht nur mein berufliches Leben, sondern auch meine Vision für die Zukunft Europas geprägt hat.

Während meiner Rede habe ich die Gelegenheit genutzt, darüber nachzudenken, wie weit wir als Union und als Parlament gekommen sind. Ich sprach über den bemerkenswerten Wandel des Europäischen Parlaments von einer beratenden Versammlung zu einem Mitgesetzgeber mit erheblichem Einfluss auf die EU-Politik, mit dem Ziel, die Kluft zwischen den europäischen Institutionen und unseren Bürgern zu überbrücken.

Doch während ich unsere Fortschritte feiere, fühle ich mich auch gezwungen, die dringenden Herausforderungen anzusprechen, vor denen wir stehen, insbesondere mit Blick auf die Wahlbeteiligung bei den letzten Europawahlen, die in vielen süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten extrem niedrig war. Der zunehmende Populismus, die Aushöhlung der demokratischen Werte und Fake News in mehreren Mitgliedstaaten stellen eine existenzielle Bedrohung für unsere Union dar. Diese Herausforderungen erinnern uns daran, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist - sie ist eine ständige Anstrengung, die ständige Wachsamkeit, Transparenz und Einbeziehung erfordert. Das Parlament muss als Hüter dieser Grundsätze auftreten, und ich forderte meine Zuhörer auf, anzuerkennen, dass die Verteidigung der Demokratie sicherlich die gemeinsame Verantwortung von Institutionen und Regierungen, aber auch der Bürgerinnen und Bürger ist. Sie muss von jeder Generation der europäischen Bürger zurückerobert werden.

Die Konferenz über die Zukunft Europas war ein inspirierendes Beispiel für gelebte partizipative Demokratie. Ich bin der festen Überzeugung, dass solche Initiativen keine Einzelereignisse sein sollten, sondern ein wiederkehrendes Merkmal der Arbeitsweise der EU. Nur wenn wir einen echten Dialog mit unseren Bürgern führen, können wir etwas erreichen. Aber dieser Dialog sollte echt und effektiv sein: Wenn wir es nicht schaffen, die Schlussfolgerungen in die Tat umzusetzen, wenn wir den Fehler begehen, taktisch und kurzsichtig zu sein, wenn wir nur auf nationale und regionale Wahlen achten und nicht auf eine langfristige strategische Vision, die auf unserer strategischen Autonomie beruht, dann würden wir nur die Desillusionierung und Skepsis fördern, die antieuropäische Narrative nähren, anstatt sie zu überwinden.

Mit Blick auf die Zukunft habe ich meine Vision für ein stärkeres Europäisches Parlament dargelegt: Wir müssen zu einem echten Initiativrecht kommen, vielleicht durch eine interinstitutionelle Vereinbarung. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir, um einen echten europäischen *Demos* zu schaffen und nicht 27 parallel laufende nationale Wahlkämpfe, transnationale Wahllisten einführen müssen, die ein Gefühl der europäischen Identität und eine gesamteuropäische politische Debatte fördern könnten. Es ist an der Zeit, die nationalen Silos zu überwinden und sich der Idee einer wahrhaft europäischen Öffentlichkeit anzuschließen.

Ich habe auch die Rolle des Parlaments in der Außenpolitik hervorgehoben. In einer Welt, die zunehmend von geopolitischen Rivalitäten bestimmt wird, und in einer Zeit des aufkommenden Imperialismus muss die EU mit einer Stimme sprechen. Das Europäische Parlament als die Institution, die den Menschen am nächsten steht, sollte an vorderster Front eine mutige, einheitliche außenpolitische Strategie gleichberechtigt mit dem Rat gestalten. Von der Unterstützung demokratischer Bewegungen bis hin zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel und digitale Governance müssen wir mit Mut und Überzeugung vorangehen.

Zum Abschluss meiner Rede habe ich über Osteuropa und den westlichen Balkan nachgedacht, die ich schon oft als das schlagende Herz der Zukunft Europas bezeichnet habe. Die Erweiterung ist nicht nur eine Politik, sie ist ein Versprechen der Solidarität und ein Bekenntnis zu unserem gemeinsamen Schicksal. Das europäische Projekt ist ohne die vollständige Integration all dieser Nationen unvollständig, und ich habe meine Kollegen und die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, diese Vision ohne unnötige Verzögerung zu bekräftigen.

Die Teilnahme an dieser Konferenz hat mich daran erinnert, warum ich überhaupt in die Politik gegangen bin: um zum Aufbau eines demokratischeren, integrativeren und geeinten Europas beizutragen. Der Weg, der vor uns liegt, wird nicht einfach sein, aber ich bleibe optimistisch. Wenn wir mutige Reformen durchführen, unseren Werten treu bleiben und einen offenen Dialog mit den Bürgern führen, wird das Europäische Parlament nicht nur überleben, sondern den Weg zu einer stärkeren Union weisen.

**Fabio Massimo Castaldo**

## Vor 25 Jahren: Nicole Fontaines Präsidentschaft

Vor 25 Jahren wurde Nicole Fontaine – 20 Jahre nach Simone Veil – als zweite Frau zur Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt. Ihr Mandat an der Schwelle zwischen zwei Jahrhunderten (1999-2002) war von massiven Umbrüchen und großen Fortschritten hin zu einer stärkeren Integration geprägt. Blicken wir zurück auf einige Kapitel einer engagierten Präsidentschaft, die bis heute nachwirken.

### **Die Verankerung der Mitentscheidung**

Die Mitentscheidung – heute als ordentliches Gesetzgebungsverfahren bekannt – wurde 1992 mit dem Vertrag von Maastricht eingeführt. Nicole Fontaine, die zuvor Vorsitzende des Vermittlungsausschusses gewesen war, sprach sich für eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der Mitentscheidung aus. Sie setzte sich außerdem persönlich für bestimmte Gesetzgebungsdossiers ein, etwa das zur Sicherheit von Schiffen, das im Anschluss an das Unglück des Öltankers Erika und die darauffolgende Umweltkatastrophe vorgeschlagen wurde. Das Parlament erwirkte daraufhin strengere Normen für die Sicherheit in der Seefahrt, unter anderem die verpflichtende Doppelhülle für Öltanker.

### **Der israelisch-palästinensische Konflikt**

Der Mord an Jitzchak Rabin im Jahr 1995, das Ende der Osloer Roadmap und die andauernde Intifada lasteten auf den Gemütern. Dennoch blieben die Diplomatie und das Gespräch der einzige Weg. Trotz Gegenstimmen gelang es Nicole Fontaine – unter anderem dank einer Reise nach Tel Aviv und Ramallah – Abu Ala, den Präsidenten des Palästinensischen Legislativrats, und Avraham Burg, den Präsidenten der Knesset, zu überzeugen, im September 2000 gemeinsam bei der Plenarsitzung des Parlaments in Straßburg zu sprechen. Es war ein emotionaler Moment, als die beiden ihre Reden hielten. Dieser wurde auf einem Foto verewigt, auf dem Nicole Fontaine vor einem erhobenen Plenarsaal die Hände der Männer ergreift und ihre Arme in die Luft streckt.

### **Afghanistan, Kommandant Masud und die Frauen Afghanistans**

In Afghanistan wüteten die Kämpfe zwischen den Taliban, die den Großteil des Landes kontrollierten und ihren islamistischen Terror verbreiteten, und dem Widerstand, der von Ahmad Schah Masud angeführten Nordallianz. Im April 2001 empfing Nicole Fontaine den diplomatischen Gepflogenheiten zum Trotz Kommandant Masud in Straßburg wie einen Staatschef. Sie setzte sich auch für die Frauen in Afghanistan ein und verschaffte ihnen in Brüssel Gehör.

### **Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und die Annahme der Charta der Grundrechte**

Die europäischen Werte, für die sich die EU in Europa und der Welt starkmacht, bildeten den Kern von Nicole Fontaines Engagement. Sie setzte sich persönlich für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ein und veranstaltete hierzu einen Weltgipfel in Straßburg. Außerdem kämpfte sie mehrfach für einzelne Fälle. In der Europäischen Union beschäftigte sie sich vor allem mit der Verfassung einer Charta der Grundrechte. Diese wurde mit dem Vertrag von Nizza 2000 eingeführt, sollte aber erst mit dem Vertrag von Lissabon 2007 in Kraft treten.

### **Die Terroranschläge vom 11. September 2001**

Die Anschläge auf die Twin Towers in Manhattan und das Pentagon am 11. September erschütterten die Welt. Ein paar Stunden danach wurde eine Plenarsitzung des Parlaments einberufen. Der 11. September war ein Wendepunkt in der Sicherheitspolitik des Westens, dessen Auswirkungen heute noch spürbar sind.

### **Der Euro hält Einzug in europäische Geldbörsen**

Heute ist der Euro allgegenwärtig. Doch bis zur jetzigen Selbstverständlichkeit war es ein weiter Weg. In den Jahren 2000 und 2001 gab es viel Skepsis und Misstrauen gegenüber dem Euro, manche lehnten ihn sogar vollständig ab. Es brauchte also Überzeugungskraft und Ausdauer. Als Teil ihrer Überzeugungsarbeit vor Ort sprach Nicole Fontaine auf Märkten mit Händlern und traf sich im Vorfeld dieser beispiellosen logistischen Herausforderung mit Fachkräften für Geldtransporte. Sie machte sich außerdem für besonders schutzbedürftige Gruppen stark, zum Beispiel für blinde Menschen, als es um die haptische Gestaltung der Münzen und Scheine ging. Sie war die Erste die Euro-Scheine abhob – am 31. Dezember 2001, um Mitternacht, von einem Geldautomaten in der Altstadt von Nizza.

Nicole Fontaine ist Autorin des Buches *Mes combats*, Plon Verlag, 2002.

### **Etienne Bassot**

Ehemaliges Mitglied des Kabinetts von Nicole Fontaine und heute Direktor in der Verwaltung des Europäischen Parlaments, schreibt in persönlicher Eigenschaft.

## Der Europarat: wieder eine Bezugsgröße

Anlässlich des 75. Jahrestags der Gründung des Europarates organisierte die Europäische Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Legislativorgane der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP), zu der auch der VEM gehört, einen Besuch des Hauptsitzes besagter Einrichtung in Straßburg. Der Gedenktag fiel außerdem mit dem 30. Jahrestag der Gründung der FP-AP zusammen.

Vom 2. bis 4. Oktober trafen wir uns im Europagebäude mit Alain Berset, Generalsekretär des Europarates, Theodoros Roussopoulos, Präsident der Parlamentarischen Versammlung, und seiner Generalsekretärin, Despina Chatzivassiliou-Tsovilis. Letztere hatte zufällig mit Miguel Angel Martinez, Vertreter des VEM in der FP-AP, zusammengearbeitet, als er Präsident der Versammlung des Europarates war.

Wir hielten auch eine Sitzung mit dem Botschafter der Schweiz beim Europarat und mit verschiedenen Mitgliedern der Versammlung ab, die unterschiedlichen Fraktionen angehörten. Abgerundet wurde die interessante Reise mit einem Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wo wir ein interessantes Gespräch mit dem französischen Richter Matthias Guyomar führten, unserem Gastgeber bei diesem Besuch.

Die Initiative zur Gründung des Europarates als internationale Organisation für Zusammenarbeit, die dafür sorgt, dass Europa ein Raum des Friedens und der Sicherheit ist, in dem die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie geachtet werden, entstand beim Haager Kongress (1948). Am 5. Mai 1949 unterzeichneten zehn Staaten – Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Irland, Italien, Dänemark, Norwegen und Schweden – den Londoner Vertrag, mit dem der Europarat gegründet wurde. Derzeit gehören 46 europäische Staaten dieser zwischenstaatlichen Organisation an.

Für Länder wie meine Heimat Spanien, die aus einer Diktatur kommen, die im Grunde bis zum Beitritt zur EU herrschte, war der Europarat die politische und rechtliche Bezugsplattform für alle demokratischen Männer und Frauen, wenn es um Themen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und den Menschenrechten geht.

In den 75 Jahren seines Bestehens hat der Europarat bahnbrechende Maßnahmen zur Verteidigung der sozialen Rechte, der Meinungsfreiheit und gefährdeter Personen, zur Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung, Gewalt gegen Frauen und Kriminalität (u. a. im Internet) oder zur Verteidigung unserer Werte angesichts neuer Herausforderungen wie künstlicher Intelligenz angenommen.

Im Europarat können Debatten geführt werden, die in keiner anderen Institution Platz haben. So verleiht etwa der Umstand, dass die Ukraine seit 1995 im Europarat vertreten ist, dem Land eine Stimme gegenüber den übrigen Ländern Europas. Davon wurden wir bei unserem Besuch Zeugen, denn wir durften einer interessanten Diskussion im Plenarsaal der Parlamentarischen Versammlung beiwohnen. Thema war „Commemorating the 90th anniversary of the Holodomor, Ukraine once again faces the threat of genocide“ (Im

Gedenken an den 90. Jahrestag der Hungersnot Holodomor ist die Ukraine erneut vom Völkermord bedroht), Berichterstatter war der deutsche Abgeordnete Knut Abraham.

Um außerdem zu gewährleisten, dass die angenommenen Normen für alle akzeptabel sind, gilt als Grundregel für die Entscheidungsfindung der Konsens (wenn eine Abstimmung erzwungen wird, ist eine Zweidrittelmehrheit der Länder erforderlich). Es gibt kein direktes Vetorecht wie im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder de facto wie im Rat der Europäischen Union, da für bestimmte Angelegenheiten Einstimmigkeit erforderlich ist.

Aktuell werden die Gefahren für die Demokratie immer größer, und viele Rechte sind gefährdet. Sorgen wir also dafür, dass der Europarat wieder eine Bezuggröße wird. Die Schaffung eines geeinten Europas kann nur Ergebnis des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den Ländern sein. Und genau das verkörpert der Europarat mit seiner Zusammensetzung und seiner Funktionsweise.

### **Teresa Riera Madurell**

Ehrenamtliche Sekretärin des VEM

Vertreterin des VEM in der FP-AP

## Wie man ein echter Europäer wird und die Stimmen der Menschen in internationalen öffentlichen Institutionen verteidigt

Als ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments wurde ich kürzlich gebeten, einen Vortrag für den ukrainischen Verband der Professoren und Wissenschaftler im Forschungsbereich der europäischen Integration zu halten. In enger Zusammenarbeit mit dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments wurde im Rahmen des Programms „European Parliament to Campus“ ein Rundtischgespräch im digitalen Format organisiert. An der Veranstaltung, die von Frau Professor Irina Sikorskaya von der Universität Mariupol geleitet wurde, nahmen 135 Lehrkräfte, Forscher und Studenten zahlreicher ukrainischer Universitäten teil. Vom ersten Tag an war es für mich eine sehr schöne Erfahrung, besonders die Vorbereitung und der Austausch mit den Teilnehmern über WhatsApp über ihre Erwartungen. Zuerst hatte ich einige Bedenken, da ich das Europäische Parlament bereits 1999 verlassen hatte. Ich bin jedoch der Meinung, dass man als ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments für immer mit dem Schicksal Europas verbunden bleibt. Wie ich, die weiterhin regelmäßig die Nachrichten aus Brüssel aufmerksam verfolgt. Ich habe mich dazu entschieden, meinen Vortrag nicht vollständig auszuformulieren, sondern eine Liste mit Stichworten zu verwenden und gleichzeitig auf die Reaktionen und Gesichtsausdrücke auf dem Bildschirm zu achten. Dadurch wollte ich eine Nähe zu den Teilnehmern herstellen.

Ich ging zunächst auf meine zehnjährige Erfahrung im Parlament ein, gab Einblicke in meine Arbeit, habe über Veranstaltungen in den EP-Ausschüssen gesprochen und darüber, wie man mit Menschen aus unterschiedlichen Nationalitäten zusammenarbeitet. Ich erzählte ihnen von dem Ikea-Küchentisch, den ich für mein Büro gekauft hatte, und von dem Kaffee, der stets bereitstand. Portugiesische und finnische Kolleginnen und Kollegen, aber auch jene aus anderen EU-Ländern waren immer willkommen, und gemeinsam arbeiteten wir an Änderungen von Richtlinienvorschlägen. Es war mir äußerst wichtig, zu betonen, dass wir trotz der Unterschiede zwischen Nord-, Ost- und Südeuropa alle denselben Freiheits- und Demokratiedanken geteilt haben, was uns letztendlich zu Europäerinnen und Europäern gemacht hat. Und da ich später mehrmals beruflich in der Ukraine war, zum Beispiel, als ich dort für verschiedene multilaterale Finanzinstitutionen tätig war, habe ich den Wunsch vieler Menschen in dem Land mitbekommen, dass die Ukraine der EU beitrete.

Es fiel mir leicht, ein paar Beispiele für die interessante und wichtige EU-Gesetzgebung zu nennen, die in Brüssel für die europäischen Bürgerinnen und Bürger erarbeitet wird. Allerdings habe ich angemerkt, dass auch Menschen in der EU zu wenig davon erfahren, dass die nationale Gesetzgebung auf wichtigen EU-Richtlinien beruht, die unter anderem Bereiche wie Gesundheit, Verbraucherschutz oder Umweltschutz betreffen. Ich habe den Zuhörern gesagt: „Auch in den Niederlanden muss ich den Leuten immer noch erklären, dass das Recht auf gleiche Bezahlung von Männern und Frauen für dieselbe Arbeit nicht in Den Haag, sondern in Europa geschaffen wurde. Man denke auch an Richtlinien zu Arzneimitteln für Kinder. In den meisten, wenn nicht allen EU-Ländern wurden zu Forschungszwecken neue Medikamente hauptsächlich an (weißen) Männern getestet. Dies hatte zur Folge, dass man die Auswirkungen auf Frauen nicht kannte, und schon gar nicht auf Kinder. Letztere erhielten wahrscheinlich lediglich eine geringere Dosis dieser Medikamente für Männer. Es waren die EU-Organe, die sich dieser Angelegenheit angenommen haben. Es gibt noch so viele weitere Beispiele.“

Im Folgenden habe ich darüber gesprochen, wie mein europäischer Hintergrund im Ausschuss für Entwicklung des Europäischen Parlaments dazu geführt hat, dass ich ein europäisches Mitglied im sogenannten „Inspection Panel“ der Weltbank wurde. Dabei handelt es sich um einen Rechenschaftsmechanismus (bestehend aus drei unabhängigen Mitgliedern) für Bürgerinnen und Bürger, die durch von der Weltbank finanzierte Projekte geschädigt werden oder geschädigt werden könnten. Gemeinsam mit den Teilnehmern erörterten wir die Rolle solcher Mechanismen, wie wichtig es ist, dass die Bürger über diese Mechanismen Bescheid wissen, über die Rolle der Ukraine in der Weltbank und die Bedeutung der Europäischen Investitionsbank (EIB) für das Land und dass die EIB ebenfalls über einen solchen Mechanismus verfügt. Das war vermutlich neu für sie.

Es dauerte ein wenig, bis die Teilnehmer Fragen stellten. Eine davon war, welche Auswirkungen der EU-Beitritt der Ukraine auf die Volkswirtschaft des Landes hätte. Ich verwies auf die ukrainische Nationalbank und erklärte, dass es nicht einfach ist, ein Mitglied der EU zu werden. Das Land muss den gemeinsamen Besitzstand, also die Sammlung der gemeinsamen Rechte und Pflichten, die die Gesamtheit des EU-Rechts ausmachen, übernehmen. „Die Aufnahme in die EU wird zwar ein hartes Stück Arbeit sein, aber dann ist man ein vollwertiges Mitglied im Club“. Abschließend habe ich meine Besorgnis über die aktuelle Anti-EU-Stimmung in einigen EU-Ländern zum Ausdruck gebracht. Wir müssen weiterhin gegen alle Arten von Falschinformation vorgehen, die vor allem in den Social media kursieren. Die Ukrainerinnen und Ukrainer sind dafür bekannt, sich mit der Nutzung neuer Medien und des Internets bestens auszukennen. Vielleicht ist gerade dies ein möglicher Aufgabenbereich, auf den sich die Ukraine stürzen könnte? Insgesamt hat mir die Veranstaltung sehr gut gefallen.

**Dr. Maartje van Putten**

EP-Mitglied (1989-1999)

## Kulturdiplomatie und Frieden

Am Dienstagnachmittag des 15. Oktober 2024 fand im Circolo degli Esteri in Rom, dem eleganten Sitz des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, die Konferenz „Kulturdiplomatie und Frieden“ statt, die von der Vereinigung „Ars Pace“ unter der Schirmherrschaft des Vereins ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Verbands der italienischen Honorarkonsuln und der Friedensuniversität der Vereinten Nationen sowie mit Unterstützung der Zeitung „Il Patto Sociale – Informazione Europa“ (Der Sozialpakt – Europa-Informationen) ausgerichtet wurde. Die Eröffnungsreden hielten Botschafter Carlo Marsili, Ehrenpräsident des Verbands der Honorarkonsuln in Italien, und Enrique Barón Crespo, Vorsitzender von „Ars Pace“ „Leader pour la Paix“ sowie ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments.

Anschließend kamen unter anderem folgende Experten und namhaften Redner zu Wort: Botschafterin Maria Assunta Accili, Mitglied des Vorstands der Italienischen Gesellschaft für internationale Organisationen und ehemalige ständige Vertreterin bei internationalen Organisationen in Wien, Professor Enzo Moavero Milanesi der Freien Internationalen Universität für Soziale Studien (Luiss Guido Carli), ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Europäischen Kommission und ehemaliger Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Cristiana Muscardini, Kolumnistin, Analystin, Gründerin des „Raggruppamento Europa Sociale“ (Gruppe soziales Europa) und ehemalige Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlaments, Botschafter Ferdinando Nelli Feroci, Vorsitzender des „Istituto Affari Internazionali“ (IAI) und ehemaliger EU-Kommissar für Industrie und Unternehmertum, Roberto Savio, ständiger Vertreter der Friedensuniversität der Vereinten Nationen in Italien und Vorsitzender von „Inter Press Service“, sowie meine Wenigkeit, Monica Baldi, stellvertretende Vorsitzende von „Ars Pace“ und des Vereins für ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Die Ausführungen des ehemaligen Außenministers Gianfranco Fini und von Lavinia de Nicolo, der Vorsitzenden der Vereinigung der Ehepartner von Mitarbeitern des Außenministeriums, möchte ich dabei besonders hervorheben.

Im Anschluss an die anregende Debatte, die von der Journalistin und Moderatorin der Sendung „Caffè Europa“ von Rai Radio 1, Tiziana Di Simone, moderiert wurde, hat man das Buch „Safari: viaggio nella vita di italiani in Africa“ [Safari – Reise in den Alltag von Italienern in Afrika) von Cristiana Muscardini, der Preisträgerin der Goldmedaille der Stiftung „Mérite européen“, vorgestellt. In ihrer Rede sagte sie: „Politiker und Kulturschaffende tragen die Verantwortung dafür, dass sie keine sinnvollen Kriterien für das Zusammenleben aufgestellt haben, angefangen bei der Gegenseitigkeit und der Achtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, und dass sie keine Allgemeine Charta der Pflichten entworfen haben. Wenn wir mehr Kenntnisse über die unterschiedlichen Gegebenheiten in Afrika hätten, könnten wir sie auch besser verstehen.“

Anschließend kamen die Anwesenden in den Genuss einer besonderen musikalischen Darbietung eines Stücks von Johann Sebastian Bach, gespielt von der jungen Geigerin Isabella Mastroeni, Mitglied des Jugendorchesters „Fontane di Roma“ und des Symphonieorchesters der Musikhochschule Santa Cecilia.

An der Veranstaltung nahmen Fachleute und Persönlichkeiten aus der Welt der Institutionen, des diplomatischen Korps und der Kultur teil, darunter Botschafter Daniele Verga sowie Vitaliano Gemelli und Mauro Nobilia.

Ziel dieser Konferenz von „Ars Pace“ war es, die grundlegende Rolle der Kulturdiplomatie bei der Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und der Förderung des interkulturellen Dialogs, der Achtung der Vielfalt und der Menschenrechte näher zu beleuchten.

Das folgende bemerkenswerte Zitat der durchweg exzellenten Beiträge möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: „Die Kulturdiplomatie fördert den interkulturellen Dialog, um die soziokulturelle Zusammenarbeit zu fördern und die politischen und wirtschaftlichen Interessen eines Landes zu stärken. Es geht darum, unterschiedliche Weltanschauungen kennenzulernen und zu respektieren sowie Dialoge zu führen, die die Vielfalt und die Menschenrechte achten.

Kulturdiplomatie ist eine Soft Power, die eine strategische Rolle bei der Entwicklung von Kooperationsprogrammen spielt und für Solidarität und komplexe diplomatische Beziehungen, insbesondere in Friedensprozessen, von entscheidender Bedeutung ist.“

**Monica Baldi**

## Buchbesprechung: Das Europäische Parlament: 10. Auflage

Bestimmt kennen viele unter uns das Buch *The European Parliament*, das von unserem geschätzten Kollegen und dem ehemaligen Mitglied des Europäischen Parlaments, Richard Corbett, mitverfasst wurde. Richard ist nicht nur Experte in Parlamentsangelegenheiten und überzeugter Verfechter der EU, sondern hat auch einen wertvollen Beitrag zu mehr Einheit und Demokratie in der Union geleistet. Anfang dieses Jahres ist die 10. Auflage des Buches erschienen, die erste Neuauflage seit 2016. Darin wird ausführlich erläutert, wie das Europäische Parlament funktioniert, wer seine Mitglieder sind, wie sich seine Befugnisse entwickelt haben und wie es diese einsetzt.

Seit seiner Veröffentlichung im Jahr 1990 (vor 34 Jahren!) hat sich *The European Parliament* zu einem Klassiker entwickelt, der europaweit von Universitäten, Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Assistenten, EU-Bediensteten und Journalisten in Brüssel genutzt wird. Besonders beeindruckend an dem Werk sind die Bandbreite der behandelten Themen und der analytische Ansatz. Der Leser erhält Informationen und Analysen zu allen erdenklichen Themen, ohne dafür dutzende Websites besuchen zu müssen. Alle Einzelheiten über das Europäische Parlament sind an einem Ort vereint, von der Logistik, worunter die Versammlungsorte, die Sprachen und das Generalsekretariat fallen, bis hin zu den Akteuren und Arbeitsstrukturen des Parlaments (Mitglieder, Fraktionen, leitende Organe, Ausschüsse, Delegationen, das Plenum und interfraktionelle Arbeitsgruppen). Auch seine Befugnisse, unter anderem im legislativen Bereich und in Bezug auf den Haushalt, Ernennungen und Entlassungen, Überprüfung und Kontrolle, werden behandelt, ebenso wie die Geschäftsordnung, einer von vielen Bereichen in denen Richard als Mitglied viele Jahre tätig war, und ihre Entwicklung im Laufe der Jahre. Das Buch hat eine Antwort auf jede erdenkliche Frage.

Das Bemerkenswerte ist, dass in den neuen Auflagen nicht einfach die Liste an Amtsinhabern aktualisiert wird, denn das Parlament entwickelt sich zwischen den Auflagen weiter, und zwar mehr, als man denkt. Als die erste Auflage erschien, hatte das Parlament in legislativen Angelegenheiten nur eine beratende Rolle und nahm weder an der Unterzeichnung von internationalen Abkommen durch die EU, noch an der Ernennung der Kommission teil. Das hat sich Schritt für Schritt geändert, teilweise dank des Mitautors, der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den Vertrag von Lissabon war. Mittlerweile braucht (fast) jeder Rechtsakt der EU die Zustimmung des Europäischen Parlaments. Gleiches gilt für die Wahl des Kommissionspräsidenten, die Ernennung der Kommission an sich, die Ratifizierung internationaler Abkommen, die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten und die Übertragung von Befugnissen auf die Kommission. Am Europäischen Parlament führt in EU-Angelegenheiten nun kein Weg mehr vorbei. Es ist das dynamischste unter den Organen, auch wenn die zunehmende politische Fragmentierung, insbesondere im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl an Europaskeptikern und extrem rechten Gruppierungen und das sinkende Interesse an institutionellen Fragen es daran hindern könnten, sein volles Potenzial zu entfalten. Die bevorstehenden Verhandlungen über die interinstitutionelle Vereinbarung mit der Kommission werden eine wichtige Probe für das Parlament sein, insbesondere was die lang ersehnte Einführung seines Untersuchungsrechts betrifft, das vom Rat mehr als zehn Jahre lang blockiert wurde. Das Europäische Parlament muss außerdem lernen, wie es seine Verhandlungsposition gegenüber dem Rat nutzen kann, wenn es um die von ihm

vorgeschlagene Wahlrechtsreform zur Einführung länderübergreifender Listen und seinen Vorschlag für eine Änderung des Vertrags von Lissabon geht. Diesen Themen haben die Mitgliedstaaten bislang keine Beachtung geschenkt. Wie das Buch zeigt, ist es dem Parlament im Laufe der Zeit gelungen, selbst in den schwierigsten Zeiten sowohl politisch als auch verwaltungstechnisch seine Befugnisse und seinen Einfluss zu erweitern. Diese Entwicklung darf nicht nachlassen, besonders nicht im Fall künftiger Erweiterungen der EU, da sie im Sinne der Demokratie und den Bürgerinnen und Bürgern der EU ist.

Wie bereits angedeutet, macht Richards Erfahrung ihn zum perfekten Autor für ein derartiges Buch. In seiner Zeit als Mitglied des Europäischen Parlaments zwischen 1996 und 2020 (mit einer fünfjährigen Pause von 2009 bis 2014) war er Ko-Berichtersteller des Europäischen Parlaments für den Verfassungsvertrag und den Vertrag von Lissabon, mehrmals Berichterstatter für die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments, Verhandlungsführer des Parlaments bei der Reform der Ausschussverfahren, zehn Jahre lang Koordinator der S&D-Fraktion im Ausschuss für konstitutionelle Fragen und Vorsitzender der Mitglieder der britischen Labour Party im Europäischen Parlament. Bevor er Mitglied des Europäischen Parlaments wurde, arbeitete er gemeinsam mit Altiero Spinelli am Vorschlag des Parlaments von 1984 für einen Vertrag über die Europäische Union und wurde stellvertretender Generalsekretär der S&D-Fraktion. In seiner Abwesenheit vom Parlament von 2009 bis 2014 war er Hauptberater von Herman Van Rompuy, dem ersten Vollzeitpräsidenten des Europäischen Rates.

Schon seit der ersten Auflage gehört neben Richard auch Francis Jacobs zu den Autoren. Francis Jacobs arbeitete im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und im Ausschuss für konstitutionelle Fragen, bevor er zum Leiter des Sekretariats des ehemaligen Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz ernannt wurde. Später wurde er Leiter des Verbindungsbüros in Dublin. Er genießt große Bekanntheit unter ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Seit kürzerer Zeit ist auch Darren Neville vom Sekretariat des Haushaltsausschusses Teil des Autorenteam.

Ich möchte außerdem anmerken, dass Richard für viele von uns ein sehr geschätzter Kollege und Freund ist, der jederzeit bereit ist, bei einem Kaffee seine beeindruckenden Erkenntnisse zu teilen – zum Wohl der europäischen Integration, der er immer noch voll und ganz verschrieben ist.

Das Buch ist auf Amazon, im European Bookshop oder direkt beim Verlag erhältlich:

<https://www.johnharperpublishing.co.uk/the-european-parliament/>.

### **Domènec Ruiz Devesa**

Mitglied des Europäischen Parlaments von 2019 bis 2024

Vorsitzender der Union europäischer Föderalisten

## Promotion mit 82 Jahren

In Zeiten von COVID-19, als es nicht so viel zu tun gab, begann ich, über Rechtsvorschriften zu den Rechten von Homosexuellen in den Niederlanden zu schreiben. Es stellte sich heraus, dass in diesem Bereich noch kaum Forschung betrieben worden war, und das trotz eines langwierigen, erbitterten politischen Kampfes. Drei Jahre später, im Januar 2024, verteidigte ich im stolzen Alter von 82 Jahren meine Doktorarbeit an der Universität von Amsterdam. Der Titel lautete: *Homosexuellenpolitik in den Niederlanden (1966–2023): Die symbolische Macht der Gesetzgebung*.

In dieser Dissertation beschreibe und analysiere ich vier Gesetzesänderungen, die die Geschichte der Homosexualität in den Niederlanden nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt haben: die Aufhebung von Artikel 248a des Strafgesetzbuchs (1971), die Schaffung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AWGB, 1994), gleichgeschlechtliche Ehen (2001) und die Aufnahme des Begriffs „sexuelle Ausrichtung“ in Artikel 1 der Verfassung (2023). Diese Studie verfolgt zwei Ziele: Erstens sollen diese Rechtsetzungsverfahren anhand der echten parlamentarischen Quellen kartiert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei nicht auf den endgültigen Rechtstexten, sondern auf den Rechtsetzungsverfahren und damit verbundenen politischen Diskussionen. Zweitens werden die symbolischen Auswirkungen dieser Rechtsetzungsverfahren untersucht. Diese symbolischen Auswirkungen von Rechtsvorschriften stehen im Zusammenhang mit der Auslegung des Grundsatzes der Gleichstellung und mit verschiedenen Ansichten zum Thema Homosexualität.

In den vergangenen 50 Jahren ist die Einstellung gegenüber Homosexualität deutlich toleranter geworden, und das nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in anderen europäischen Ländern. In den Niederlanden begann diese Veränderung jedoch deutlich früher und verlief schneller als andernorts. In meinem Buch erforsche ich mögliche Gründe für diese Unterschiede. Bei den Gesetzesänderungen, die ich in diesem Buch untersucht habe, waren die Niederlande allerdings nicht an vorderster Front dabei: Sie waren zwar Vorreiter bei der Angleichung des Mündigkeitsalters, den Antidiskriminierungsgesetzen und bei gleichgeschlechtlichen Ehen, hinkten jedoch hinterher, was die Einführung eingetragener Partnerschaften und die Aufnahme des Begriffs „sexuelle Ausrichtung“ in die Klausel zur Diskriminierungsfreiheit in der Verfassung anbelangt. Die Fortschritte der Gesetzesreform werden also von der Organisation der Politikgestaltung beeinflusst. Hier scheint der Grundsatz „Politik ist immer lokal“ zu gelten.

### Joke Swiebel

PES (1999–2004)

[post@jokeswiebel.nl](mailto:post@jokeswiebel.nl)

[www.jokeswiebel.nl/promotie](http://www.jokeswiebel.nl/promotie)

*Homopolitiek in Nederland (1966-2023). De symbolische kracht van wetgeving. Amsterdam, Amsterdam University Press, 2024.* Das Buch (in niederländischer Sprache) kann hier bestellt werden: <https://www.aup.nl/en/book/9789464562255/homopolitiek-in-nederland-1966-2023?null>

Eine Zusammenfassung in englischer Sprache findet sich hier (auf Seite 235):

[https://pure.uva.nl/ws/files/150586782/Back\\_matter.pdf](https://pure.uva.nl/ws/files/150586782/Back_matter.pdf)

Interview in englischer Sprache: <https://www.uva.nl/en/shared-content/faculteiten/en/faculteit-der-maatschappij-en-gedragswetenschappen/news/2024/01/doctorate-ioke-swiebel.html>

## Die östlichen EU-Mitgliedstaaten: zwischen Angst, Populismus und Vertrauen auf die Union

Die Wahl in den USA hat uns gerade sehr deutlich in Erinnerung gerufen, dass Emotionen bei diesem höchsten Instrument der Demokratie eine größere Rolle spielen als eine rationale Bewertung. Wenn man für politische Strategien eintritt, ist es von entscheidender Bedeutung, diese Emotionen und das, was dahinter steckt, zu verstehen. Die Emotionen der breiten Öffentlichkeit können auf unvorhersehbare Faktoren zurückgehen, etwa auf Naturkatastrophen, Kriege, menschliches Leid oder Migration, aber auch auf falsche oder manipulierte Informationen. Historisch hat sich gezeigt, dass negative Emotionen wesentlich mehr zur Motivation der Wählerschaft beitragen als positive Emotionen.

Der Aufstieg der Rechten und der Extremen in Europa und den USA wird in hohem Maße von Emotionen, kurzsichtigem Denken und Angst vorangetrieben: Angst vor Migranten, Angst vor einem wirtschaftlichen Abschwung, Angst vor sinkendem internationalen Einfluss, Angst vor einer Verschlechterung des Lebensstandards. All diese Herausforderungen stellen sich in der einen oder anderen Form, das Problem aber besteht darin, dass die traditionelle Politik und die etablierten Parteien keine ermutigenden Alternativen anbieten, oder diese nicht richtig kommunizieren. Die Wählerschaft in den USA war besorgt über die steigenden Preise, als die Inflation unter Kontrolle war. Sie nahmen das Versprechen hin, die Produktion kohlenstoffhaltiger Kraftstoffe werde die Zauberpflanze sein und die Preise im Supermarkt senken, als die USA bereits Gas und Öl in Rekordhöhe förderten. Die Arbeiterklasse wählte Milliardäre, die versprachen, ihre eigenen Steuern zu senken. Kürzlich eingewanderte Menschen sprachen sich mit ihrer Stimme für die Schließung der Grenzen und für Massendeportationen aus. Emotionen hatten die Oberhand über das rationale Denken.

Die Entwicklungen in Europa sind sehr ähnlich. Die EU wurde sehr lange auf der Grundlage der Erinnerungen an die Kriege und der Bedrohung durch den kommunistischen Block aufgebaut. Aus den Trümmern des Krieges schufen die Gründerväter auf brillante Weise eine Union, mit der für Frieden gesorgt und eine starke Wirtschaft aufgebaut wurde und die Werte der Freiheit und der Demokratie fest verankert wurden. Die Einigung des Kontinents war ein weiterer großer Sieg. Ebenso war es ein Sieg für die Bürgerinnen und Bürger in Mittel- und Osteuropa, denen die Freizügigkeit und die Solidarität in der EU erheblichen Nutzen einbrachten, da das Bild der Regionen und das Profil der Volkswirtschaften sich änderte.

Zwei Jahrzehnte später haben der Krieg und die Spaltungen für die jungen Generationen immer weniger Bedeutung. Die Europäische Union inspirierte die Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa, bis die Euphorie abebbte und die Herausforderungen deutlicher wurden. Mit der Freizügigkeit verschärfte sich die demografischen Probleme im Osten. Bei dem gesellschaftlichen Wandel blieben viele Menschen zurück, die sich nicht anpassen konnten. Sehr oft versäumten es die Regierungen, eine Führungsrolle zu übernehmen und zu motivieren. Das alte Stockholm-Syndrom der Abhängigkeit von einem „Big Brother“ der öffentlichen Hand wurde in Teilen der Gesellschaft zur Enttäuschung darüber, dass Brüssel nicht einschritt und wie durch Zauberhand die Probleme im Land löste. Das ist zum Großteil nicht rational, sondern emotional. Diese Emotionen wurden geschickt in Angst umgewandelt, und damit zogen Extremisten und Antidemokraten in die politische Landschaft ein. Sie sind konservativ, spielen ihre Spielchen mit Diktatoren, indem sie sich auf falsche Nostalgie

berufen, und jedes Mittel nutzen, um die nationale Überlegenheit gegenüber den EU-Organen zu demonstrieren. Sie bedienen sich unaufrichtiger „patriotischer“ Rhetorik, um die nicht zufriedenstellende Wirtschaftsleistung, die Klüfte in der Gesellschaft oder auch die Abstriche an den demokratischen Werten zu verschleiern. Mit dieser Propaganda schaffen Nationalisten Sündenböcke, um die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrem eigenen Versagen abzulenken und stattdessen auf ein eingebildetes externes Böses zu richten, als das die EU-Organen gerne herangezogen werden.

Das Leben in Europa spielt sich jedoch vor einem bestimmten Hintergrund ab: Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Massentötungen im Nahen Osten und das Ergebnis der US-Wahl, das zu tiefen Spaltungen zwischen traditionellen Verbündeten in den Bereichen Verteidigung und Wirtschaft und im Bemühen um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit führen könnte – all diese Entwicklungen in unserer Umgebung sind real und führen zu ausgeprägter Angst. Putins Krieg wird als unmittelbare Bedrohung wahrgenommen, insbesondere von Ländern wie den baltischen Staaten und Polen. Paradoxerweise führte der Angriffskrieg Russlands bereits zur Erweiterung der NATO um Länder, die das noch vor drei Jahren nie in Betracht gezogen hätten, zum Verlust der attraktiven europäischen Energiemärkte für Russland und zu einer Konsolidierung in der EU. Diese Angst wird sich langfristig auswirken. Aufgrund der Zerstörung im Gazastreifen und im Libanon und der Gefahr eines Konflikts unter Beteiligung Irans und Israels erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass es zu noch mehr Migration aus der Region kommt, und Osteuropa müsste das zuerst bewältigen.

Nun wird erwartet, dass es der EU gelingt, in die Bresche zu springen, die Herausforderungen von außen effizient zu bewältigen und die Lebensqualität der EU-Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Von der Migrationssteuerung über eine wettbewerbsfähige Wirtschaft bis hin zur Verteidigung können gemeinsame Bemühungen viel wirksamer sein als nationale. Zugleich muss mit diesen Erwartungen umgegangen werden. Die EU kann gut funktionieren, wenn alle Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen. Das jüngste Beispiel war die Art und Weise, wie COVID-19 angegangen wurde, und insbesondere das Bemühen um den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Erholung der Volkswirtschaften. Populisten und Nationalisten sollten daher dafür zur Verantwortung gezogen werden, den Beitrag ihrer Länder und ihren eigenen Beitrag zu den gemeinsamen Bemühungen der EU unter Beweis zu stellen. Es gibt hier kein „wir“ und „die anderen“.

Ivailo Kalfin

## Geopolitik der EU – Die Situation nach 1989 von Edward McMillan-Scott – Endgültiger Entwurf für das VEM-Bulletin 121124

Mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 begann eine neue Ära für Europa. Der Zusammenbruch des Sowjetblocks löste eine Welle der Demokratie und Freiheit aus, die zur Erweiterung der Europäischen Union von zwölf auf 28 Mitgliedstaaten führte. Ausschlaggebend für diese Ausweitung war der Wunsch dieser ehemaligen Länder des Ostblocks, in ein demokratisches und wirtschaftlich stabiles Europa integriert zu werden. Dieser Geist wird jedoch seit Putins Annexion der Krim im Jahr 2014 vor enorme Herausforderungen gestellt, da inzwischen deswegen Spannungen wieder zugenommen haben und sich neuer Widerstand vonseiten des rechten Lagers in Europa, der immer mehr Zulauf bekommt, gegen eine weitere EU-Erweiterung formiert.

Ich wurde 1984 zum Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt und habe mich als regelmäßiger Besucher des Ostblocks mit der Entwicklung eines EU-Programms zur Förderung der Demokratie und der Menschenrechte befasst, das sich zunächst auf die UdSSR sowie auf die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen konzentrierte. Die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte wurde später auf die gesamte Welt ausgeweitet und verfügt heute über ein Budget von einer Milliarde Euro. Es ist das einzige auswärtige Programm der EU, das ohne Zustimmung des Gastlandes durchgeführt werden kann.

Nun, da die EU mit neuen Herausforderungen konfrontiert ist, hat die Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten eine Vielzahl geopolitischer Fragen aufgeworfen. Seine Zölle auf europäische Waren lassen erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf den gesamten Kontinent befürchten.

Die innenpolitische Krise in Deutschland, die im November 2024 durch den Zwist zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und seinem Finanzminister wegen der Unterstützung für die Ukraine ausgelöst wurde, macht alles noch viel komplizierter. Die daraus resultierende Instabilität in der größten Volkswirtschaft der EU ist besorgniserregend, aber die Widerstandsfähigkeit und Einheit der EU insgesamt sind gleichermaßen von entscheidender Bedeutung. Zur Instabilität in Deutschland gesellt sich die wacklige Regierung von Präsident Macron in Frankreich hinzu. Der britische Premierminister Sir Keir Starmer muss bei seinen Bemühungen, die Beziehungen zur EU nach dem Brexit, insbesondere in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit, neu zu gestalten, mit dieser beunruhigenden Sachlage zurechtzukommen, wobei nach jüngsten Meinungsumfragen 70 % im Vereinigten Königreich die Auffassung vertreten, dass der Brexit zu einer Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse geführt hat. <https://yougov.co.uk/topics/politics/survey-results/daily/2024/10/08/05cab/2> Überall in der EU stehen die Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichen Strukturproblemen. Volkswirtschaften wie die in Deutschland, die bislang als solide industrielle Kraftzentren galten, sind inzwischen zu stark von einigen wenigen Branchen wie der Automobilindustrie und der chemischen Industrie abhängig. So ist die Automobilindustrie zum Beispiel mit sinkenden Absatzzahlen, hohen Kosten und einer starken Konkurrenz aus China konfrontiert. Diese wirtschaftlichen Probleme werden durch soziale Unruhen noch verschärft, da sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung den rechten Parteien zuwendet, weil sie sich Sorgen wegen der Einwanderung und der Lebenshaltungskosten macht.

Zusätzlich zu diesen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen muss sich die EU auch noch mit autokratischen Regimen auseinandersetzen, die in der ganzen Welt immer mehr an Einfluss gewinnen. Peking, Pjöngjang, Teheran und die zunehmend isolationistische und protektionistische Haltung von Washington unter Trump stellen eine erhebliche Bedrohung für die liberale demokratische Ordnung dar, wie sie von der EU favorisiert wird. Was die Zukunft angeht, so muss sich die EU gegen mögliche wirtschaftliche Folgen eines transatlantischen Handelskriegs wappnen und die strukturellen Schwächen in den Volkswirtschaften ihrer Mitgliedstaaten beheben. Politische Stabilität in Schlüsselländern wie Deutschland und Frankreich wird für eine stimmige und wirksame europäische Antwort auf diese Herausforderungen von entscheidender Bedeutung sein. In den nächsten Monaten wird darüber entschieden, ob die EU in der Lage sein wird, ihre demokratischen Werte und ihre wirtschaftliche Stabilität zu wahren.

Diese historische Perspektive erfordert, dass wir für die EU erneut eine Verteidigungsstellung einnehmen. Die kommenden Monate werden die Weichen gestellt, wie die EU mit diesen Problemen umgehen wird und wie sie ihre Rolle als Bastion demokratischer Werte in einer zunehmend schwierigen Weltlage behaupten kann.

**Edward McMillan-Scott**

## Die Geostrategischen Verantwortlichkeiten Der Europäischen Union

Nach mehreren Jahrhunderten, in denen Europa in der Welt großes Gewicht zukam (wobei dies in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehr in wirtschaftlicher denn in politischer Hinsicht der Fall war – im Vordergrund stand hier größtenteils der „Kalte Krieg“ zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion), wird sich die Welt im 21. Jahrhundert angesichts aufstrebender Mächte stark verändern. Vom wirtschaftlichen Standpunkt her bleibt von der Triade Vereinigte Staaten – Europa – Japan angesichts des enormen Wachstums einiger Länder wie China (oder beispielsweise auch Indien) nicht viel übrig.

Angesichts der Konkurrenz durch diese und andere Länder – ein Wettbewerb, der sich zunehmend in denselben Branchen abspielt –, sind die Ängste von Ländern wie den Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern nachvollziehbar, in denen höhere Löhne ausgezahlt werden und deren Sozialmodell besonders anspruchsvoll ist. Man könnte zu dem Schluss gelangen, dass der Weg in den Protektionismus vorgezeichnet wäre (wenn eine Aufgabe unseres politischen und sozialen Modells nicht in Betracht kommen soll), weil sich der Wettbewerb mit Waren aus dem Ausland auf diese Weise vermeiden ließe (wie es auch von Präsident Trump praktiziert wurde und von einigen europäischen Politikern verfochten wird).

Dies ist jedoch nicht die Haltung der Europäischen Union, die weiterhin (mit Ausnahme des – inzwischen bereits abgeschwächten – Protektionismus im Rahmen der GAP) eine Linie der Offenheit verfolgt. Dementsprechend wendet sie niedrige durchschnittliche Zollsätze an, wobei viele Produkte überhaupt nicht besteuert werden, und setzt sich für eine Politik der Offenheit ein, die in den veröffentlichten Dokumenten, insbesondere in der Strategie Europa 2020, und auch noch aktuell in den Dokumenten der beiden letzten Jahre verfochten wird.

Immer wieder wurde betont, dass der Weg in die Zukunft vor allem in der Erweiterung und in der Vertiefung des Binnenmarktes liege, in einem „Binnenmarkt für das 21. Jahrhundert“. Dies ist ein Weg, der offensichtlich in erster Linie auf die Interessen der Bürger und die Tätigkeit der Union zugeschnitten ist, der aber auch Außenstehenden zugutekommt, die sich in einem so bedeutenden Wirtschaftsraum frei bewegen und an gemeinsame technische Anforderungen halten können. Und durch die einheitliche Währung, in der zwanzig Länder mit großem wirtschaftlichem Gewicht zusammengeschlossen sind, werden die Dinge auch für Menschen außerhalb des Währungsgebiets um vieles einfacher.

Wenn wir uns weiterhin in Richtung eines freien Welthandels im Rahmen der WTO bewegen wollen, wäre daher die Schaffung von Räumen der Integration der richtige Weg, wobei die Schaffung und Vertiefung des Binnenmarkts sowie die Einführung des Euro außerhalb eines institutionellen Rahmens wie dem der Europäischen Union offensichtlich nicht möglich gewesen wären.

Räume der Integration sind auch für Initiativen, die mit einem großen Finanzierungsaufwand verbunden und mit erheblichen Risiken behaftet sind, oder aber für die Förderung eines stärkeren sozialen und territorialen Zusammenhalts notwendig; auch in solchen Fällen werden Vorteile generiert, die über die Räume der Integration hinausgehen.

Da die Europäische Union in dieser Hinsicht erfolgreich ist und positive Wirtschaftsergebnisse erzielt, stellt dies einen Anreiz dar, dass sich mehr Märkte öffnen und dass Räume der Integration auch in anderen Regionen der Welt geschaffen und vertieft werden, was für deren Bürger von Vorteil wäre. Das wiederum würde auch der Europäischen Union neue Chancen zur Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten eröffnen.

Der Europäischen Union stehen große Herausforderungen bevor, aber sie wird in der Lage sein, diese zu bewältigen – sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch im Interesse der gesamten Welt. Angesichts der aktuellen und künftigen geostrategischen Herausforderungen in der Welt kommt ihr eine erstrebenswerte und sehr wichtige Rolle zu.

**Manuel Porto**